



Bundesministerium  
des Innern

 2007\*DE

# Europa sicher leben

Living Europe Safely | L'Europe, bien sûr(e)

Eine Erfolgsbilanz europäischer Innenpolitik  
Deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007

Achieving results for European home affairs policy  
The German EU Presidency in the first half of 2007

Un bilan des succès obtenus pour la politique  
intérieure européenne  
Présidence allemande de l'UE au premier semestre 2007



[www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

## Europa sicher leben

Eine Erfolgsbilanz europäischer Innenpolitik

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 3

## Living Europe Safely

Achieving results for European home affairs policy

The German EU Presidency in the first half of 2007 49

## L'Europe, bien sûr(e)

Un bilan des succès obtenus pour la politique intérieure européenne

Présidence allemande de l'UE au premier semestre 2007 95



# Europa sicher leben

Eine Erfolgsbilanz europäischer Innenpolitik  
Deutsche EU-Ratspräsidentschaft  
im ersten Halbjahr 2007



## Vorwort von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble

Liebe Leserinnen und Leser,

ich möchte Ihnen die Bilanz zur Umsetzung des Arbeitsprogramms des Bundesinnenministeriums für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 vorstellen.

Der Ausbau des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts war ein Schwerpunkt im Arbeitsprogramm der Bundesregierung. Das Leitmotiv des Bundesinnenministeriums für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft lautete: Europa sicher leben.

Es ist zwar richtig, dass wir noch nie in der Geschichte Europas so frei und sicher leben konnten wie zu Beginn des 21. Jahrhunderts, nichts aber wäre so verkehrt, wie den erreichten Wohlstand, Frieden und die Stabilität als gesichert und für immer gegeben zu betrachten: Terrorismus, Organisierte Kriminalität und illegale Migration bedrohen unsere Sicherheit. Und in einer globalen und vernetzten Welt können entfernte Konflikte direkte Auswirkungen auf uns haben. Umfragen zeigen, dass die Menschen gerade im Bereich von Freiheit und innerer Sicherheit eine gemeinsame und entschiedene Antwort von Europa erwarten.

Wir haben mit unserem Leitmotiv deshalb ganz bewusst die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt der europäischen Innenpolitik gestellt. Denn die Menschen müssen spüren, dass das gemeinsame Handeln der EU ihrer Sicherheit, ihren Freiheiten dient, dass Europa einen erlebbaren Mehrwert für sie hat. Dies setzt Kontinuität und Kohärenz der Politik voraus. Es war mir für unsere Präsidentschaft deshalb auch sehr wichtig, dass wir vorhandene Instrumente effektiv nutzen und sie erweitern, statt immer neue Initiativen zu entwickeln. Es gilt, die praktische Zusammenarbeit zu intensivieren und zu konsolidieren. Ich glaube sagen zu können, dass uns dies gelungen ist. Und wir konnten damit – gemäß unserem Leitmotiv – einen Beitrag dazu leisten, Europa heute und für die Zukunft sicherer (er)lebbar zu machen. Die Darstellung der konkreten Vorteile, die unsere

Präsidentschaft den Bürgerinnen und Bürgern in Europa bringen wird, steht deshalb auch im Mittelpunkt dieser Broschüre.

Eine starke Kontinuität wird auch dadurch erreicht, dass erstmals in der Geschichte der Europäischen Union unsere Präsidentschaft Teil einer engen Zusammenarbeit drei aufeinanderfolgender Ratsvorsitze ist. So ist unser Arbeitsprogramm mit den folgenden Präsidentschaften von Portugal und Slowenien im Rahmen eines gemeinsamen 18-Monatsprogramms abgestimmt. Portugal und Slowenien werden damit den von uns eingeschlagenen Weg fortsetzen.

Eine EU-Ratspräsidentschaft stellt für jeden Mitgliedstaat ein besonderes Privileg, aber auch eine große Herausforderung dar. Mein Dank gilt abschließend deshalb den an diesem Erfolg beteiligten Kolleginnen und Kollegen der Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission, des Generalsekretariats des Rates sowie dem Europäischen Parlament und ganz besonders allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesinnenministeriums als auch der nachgeordneten Behörden. Sie alle haben zum guten Gelingen unserer Präsidentschaft beigetragen.

Weitere Informationen über unsere EU-Ratspräsidentschaft finden Sie auch auf den Internetseiten des Bundesministeriums des Innern ([www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) und [www.eu2007.bmi.bund.de](http://www.eu2007.bmi.bund.de)).

Ich hoffe auf Ihr Interesse und wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Wolfgang Schäuble  
Bundesminister des Innern, MdB

# Inhalt

<b>Vorwort des Bundesministers des Innern</b>	<b>4</b>
---	----------

## **Internationalen Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität bekämpfen**

**8**

Europaweite Vernetzung polizeilicher Datenbanken zur wirksamen Verbrechensbekämpfung	9
Weiterer Ausbau von Europol	11
Bekämpfung der terroristischen Nutzung des Internets	13
Einrichtung eines Informationsaustauschs zu terroristischen Entführungen	13
Neue Mitgliedstaaten an das Schengener Informationssystem anschließen	14
Einrichtung eines Warn- und Meldeverbundes zur Ausweisung Terrorismusverdächtiger	16
Datenschutz in Europa stärken	17
Katastrophenschutz fortentwickeln	18

## **Illegale Migration bekämpfen, legale Migration gemeinsam steuern**

**20**

Gesamtansatz Migration – Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitstaaten illegaler Migration ausbauen	20
Schutz der EU-Außengrenzen im Kampf gegen illegale Migration verstärken	21
Visamissbrauch verhindern	23
Rückführungen verbessern	25
Legale Zuwanderung steuern	27

## **Integration und interkulturellen Dialog fördern**

**28**

## **Die äußere Dimension gestalten** **30**

## **Zukunft der europäischen Innenpolitik** **32**

## **Weitere Themen der Ratspräsidentschaft** **34**

Europäische Union und Sport	34
Verwaltungszusammenarbeit stärken	35
Den sicheren elektronischen Kommunikationsraum realisieren	36

## **Die informellen Ministertreffen im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft** **38**

Informelles Treffen der Justiz- und Innenminister der EU in Dresden	38
Informelles Treffen der EU-Sportminister in Stuttgart	39
Informelles Treffen der Integrationsminister der EU in Potsdam	39
Informelles Treffen der für den öffentlichen Dienst und für die öffentliche Verwaltung zuständigen Minister der EU in Berlin	39

## **Ratspräsidentschaftsticker** **40**

Umgesetzte und vorangebrachte Einzelvorhaben	40
Termine	45





Eine deutsch-französische Polizeikontrolle.

## Internationalen Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität bekämpfen

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts können wir in Europa weitgehend ohne Passkontrollen reisen und in fast allen EU-Mitgliedstaaten leben und arbeiten. Dies ist, neben der Einführung des Euro und dem gemeinsamen Binnenmarkt, die bedeutendste und für die Menschen in Europa spürbarste Errungenschaft des europäischen Integrationsprojekts. Gewonnene Freiheiten können aber auch missbraucht werden. Wir müssen deshalb im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Europas darauf achten, dass Terroristen, Schleuser und Kriminelle auch bei offenen Grenzen keine Chance bekommen. Dabei haben wir in Europa eng zusammenzuarbeiten. Unsere Polizeien und Sicherheitsbehörden müssen ihre Erkenntnisse und Daten austauschen. Dazu brauchen wir einen europäischen Informationsverbund, der sowohl die nationalen Datenbanken miteinander verknüpft als auch den Sicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten und Europol Zugang zu den gemeinsamen Datenbanken wie dem Schengener Informationssystem oder dem Visuminformationssystem ermöglicht. Unsere vordringlichste Aufgabe ist es, Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Wir konnten in unserer EU-Ratspräsidentschaft zur Umsetzung dieser Ziele wichtige Fortschritte erreichen.

## Europaweite Vernetzung polizeilicher Datenbanken zur wirksamen Verbrechensbekämpfung

Die Abschaffung der Binnengrenzkontrollen in Europa darf nicht dazu führen, dass sich Straftäter in einen anderen Mitgliedstaat begeben und damit ihrer Entdeckung entziehen können. Eines der wichtigsten Ziele unserer Präsidentschaft war es deshalb, die wesentlichen Bestimmungen des Vertrags von Prüm (Vertrag über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration, unterzeichnet am 27. Mai 2005 in der Stadt Prüm/Eifel von Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich und Spanien) in den Rechtsrahmen der EU zu überführen.

Dies bedeutet konkret:

- Künftig werden alle 27 Mitgliedstaaten von dem erheblichen Mehrwert des Vertrages profitieren. So gewähren sich zukünftig alle Mitgliedstaaten gegenseitig einen automatisierten Zugriff auf ihre DNA- und Fingerabdruckdateien sowie Fahrzeugregisterdaten. Damit kann ein moderner polizeilicher Informationsverbund aufgebaut werden, der es ermöglicht, europaweit wirksam gegen Verbrecher vorzugehen.
- Bereits aufgrund der ersten Datenabgleiche zwischen Österreich, Deutschland, Spanien sowie Luxemburg sind nach wenigen Monaten bislang schon über 3700 Treffer und damit neue Ermittlungsansätze erzielt worden. In zahlreichen Totschlags- beziehungsweise Morddelikten konnten erfolgreich Ermittlungen aufgenommen und Täter verhaftet werden. So hat beispielsweise ein grenzüberschreitender DNA-Abgleich zutage gebracht, dass zwei in Österreich festgenommene Täter einer Einbrecherbande zugleich einen Doppelmord in Spanien verübt haben. Ebenfalls konnte etwa ein durch den Datenabgleich identifizierter mutmaßlicher Täter zweier Vergewaltigungen inzwischen verhaftet werden.
- Weiterhin ermöglicht der Vertrag einen schnellen Informationsaustausch zu Terrorismusverdächtigen und reisenden Gewalttätern wie zum Beispiel Hooligans. Damit können künftig gewaltsame Ausschreitungen, unter anderem bei Fußballspielen, frühzeitig verhindert und Randalierer schnell erkannt und festgenommen werden.

- Ebenfalls wird durch Überführung des Vertrags von Prüm in den EU-Rechtsrahmen die operative polizeiliche Zusammenarbeit in Europa wesentlich intensiviert. So ermöglicht der Vertrag gemeinsame Einsatzformen. Damit können gerade in Grenzgebieten gemeinsame Polizeistreifen, zum Beispiel zwischen deutschen und französischen, österreichischen oder polnischen Polizisten, stattfinden.
- Gleichzeitig können sich die Bereitschaftspolizeien der Mitgliedstaaten bei Bedarf gegenseitig unterstützen. So können beispielsweise im Rahmen der Fußball-Europameisterschaft in Österreich im nächsten Jahr Beamte aus Deutschland ihren österreichischen Kollegen vor Ort helfen. Dabei dürfen sie auch exekutive polizeiliche Befugnisse ausüben. Polizeikräfte können damit zukünftig schnell und flexibel grenzübergreifend eingesetzt werden. Dies führt nicht nur zu einem effizienten Ressourceneinsatz, sondern trägt erheblich dazu bei, den Bürgerinnen und Bürgern sicheres Reisen in Europa gerade auch im Rahmen grenzüberschreitender Großereignisse zu ermöglichen.
- Besonders hervorzuheben sind weiterhin die umfassenden Datenschutzregelungen des Vertrags, die ebenfalls mit in den EU-Rahmen überführt werden und die den hohen Ansprüchen eines modernen Datenschutzes entsprechen.
- Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die polizeiliche Zusammenarbeit in Europa mit der Überführung des Vertrages von Prüm in den EU-Rechtsrahmen eine ganz neue Qualität erhält.

## Weiterer Ausbau von Europol

Wir können in Europa den Gefahren des Terrorismus, der weltweiten Netzwerke Organisierter Kriminalität, wie zum Beispiel im Bereich des Drogen- und Waffenhandels, aber auch grenzüberschreitenden schweren Verbrechen oder Angriffen auf unsere Währung durch Fälschung von Euronoten nur gemeinsam effektiv begegnen. Deshalb hatten wir uns den Ausbau und die weitere Stärkung von Europol als Ziel unserer Präsidentschaft gesetzt.

Der erste wichtige Schritt hierzu war das Inkrafttreten der Änderungsprotokolle zum Europolübereinkommen. Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble konnte am 20. April in Luxemburg anlässlich der 2. Sitzung des Rates der Justiz- und Innenminister unter deutscher Ratspräsidentschaft feierlich dem Direktor von Europol die in allen Mitgliedstaaten ratifizierten und im März und April dieses Jahres in Kraft getretenen drei Änderungsprotokolle zum Europolübereinkommen überreichen. Durch sie wird Europol an die Anforderungen moderner Kriminalitätsbekämpfung angepasst und seine Effizienz maßgeblich gesteigert. Mit ihnen wird eine neue operative Phase für Europol eingeleitet:

Die Zentrale von Europol in Den Haag.



■ So ist nunmehr die Teilnahme von Europol-Beschäftigten an gemeinsamen Ermittlungsgruppen der Mitgliedstaaten möglich. Damit wird Europol die Mitgliedstaaten, zum Beispiel bei der Bekämpfung des Terrorismus, der Drogenkriminalität oder der Eurofälschung, noch effektiver als bisher unterstützen. Europol-Bedienstete können Informationen aus laufenden Europol-Analysedateien unmittelbar in die gemeinsamen Ermittlungsgruppen einbringen. Auch umgekehrt kann Europol direkt aus den gemeinsamen Ermittlungsgruppen aktuelle Informationen erhalten und verarbeiten. Außerdem wird für Europol die Möglichkeit geschaffen, einzelne Mitgliedstaaten um die Aufnahme von Ermittlungen zu ersuchen.

■ Weiterhin ist jetzt die Möglichkeit eröffnet, neben den bisherigen nationalen Zentralstellen weiteren zuständigen Behörden (unter anderem Staatsanwaltschaften, Zollbehörden, Bundespolizei) der Mitgliedstaaten einen direkten Zugriff auf das Europol-Informationssystem zu gewähren. Auf diese Weise wird der Informationsaustausch mit Europol wesentlich schneller, polizeiliche Fahndungsmaßnahmen können unmittelbar umgesetzt werden.

■ Schließlich besteht nun die Möglichkeit, Experten aus Drittstaaten in einer Analysegruppe der Mitgliedstaaten bei Europol direkt mitarbeiten zu lassen. Dies ist zum Beispiel in der Zusammenarbeit mit den USA im wichtigen Bereich der Terrorismusbekämpfung von größter Bedeutung.

Der zweite wesentliche Schritt zur Stärkung von Europol war die Überführung des bisher allein zwischen den Mitgliedstaaten geltenden Europol-Übereinkommens in den Rechtsrahmen der EU. Damit werden weitere operative Verbesserungen erreicht und Verwaltungsaufwand reduziert:

■ So wird der Mandatsbereich Europols auf alle Formen der grenzüberschreitenden schweren Kriminalität ausgedehnt. Europol kann zukünftig zum Beispiel auch Fälle grenzüberschreitender Kinderpornographie, auf PKW-Diebstahl spezialisierter Banden oder Straftaten europaweit reisender Hooligans verfolgen.

■ Ab 2010 soll das Budget von Europol aus dem EG-Haushalt bestritten und seine Mitarbeiter in den Status von EG-Bediensteten überführt werden. Durch die Angleichung werden Sonderregelungen abgeschafft und der Verwaltungsaufwand reduziert.

## Bekämpfung der terroristischen Nutzung des Internets

Terroristen missbrauchen die vielfältigen Möglichkeiten des Internets für ihre Zwecke. Sie nutzen das Internet als Kommunikationsmittel untereinander, zur Verbreitung ihrer Ideologie, zur Anwerbung neuer Anhänger und zur Ausbildung bis hin zur Verbreitung genauer Bombenbauanleitungen. Angesichts der Vielzahl entsprechender Seiten müssen die Mitgliedstaaten ihre Informationen zusammenführen, um ihre Erkenntnis zu steigern, Ressourcen zu bündeln und Doppelarbeit zu vermeiden. Hier konnten wir Folgendes erreichen:

- Die von Deutschland entwickelte Initiative „check the web“ zur Vertiefung der Kooperation bis hin zur Arbeitsteilung der Mitgliedstaaten bei der Beobachtung und Auswertung des Internets zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist erfolgreich gestartet.
- Am 8. Mai 2007 wurde ein Informationsportal bei Europol freigegeben, über das alle Mitgliedstaaten Informationen austauschen können. Dieses Portal bringt die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten entscheidend voran: Es bietet die Plattform dafür, dass die Mitgliedstaaten ihre Erkenntnisse gegenseitig verfügbar machen und so den Kenntnisstand der EU zusammenführen. Auf dieser Grundlage wird die arbeitsteilige Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten ausgebaut.
- Weiterhin konnten bereits erste Expertentreffen durchgeführt werden. Sie dienen dem Erfahrungsaustausch zur Analyse entsprechender Internetauftritte und zu technischen Fragen der Internetbeobachtung sowie zur gezielten Abstimmung konkreter Projekte der Zusammenarbeit.

## Einrichtung eines Informationsaustauschs zu terroristischen Entführungen

Entführungen durch Gruppierungen/Einzelpersonen, die dem Spektrum des internationalen Terrorismus zuzuordnen sind, stellen die Mitgliedstaaten vor große Herausforderungen. Terroristen haben bereits in einer Vielzahl von Fällen EU-Bürger entführt und auf diesem Weg versucht, politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, ihre Gefährlichkeit zu demonstrieren oder finanzielle Gegenleistungen für eine Freilassung zu erlangen. Verschiedene Mitgliedstaaten haben bereits Erfahrung mit der Bewältigung solcher Entführungen. Um für mögliche zukünftige Fälle diese wertvollen Erfahrungen nutzen zu können, hat

die deutsche Präsidentschaft einen Informationsaustausch auf EU-Ebene zu terroristischen Entführungen auf den Weg gebracht:

- Die Mitgliedstaaten werden sich künftig gegenseitig Kerninformationen benedeter Entführungsfälle übermitteln. Dies wird es ermöglichen, im Fall einer neuen Entführung schnell festzustellen, ob in einem anderen Mitgliedstaat bereits Erfahrungen mit der Entführung von EU-Bürgern in der jeweiligen Gegend durch die terroristische Gruppierung oder unter sonst vergleichbaren Umständen vorliegen.
- Durch die bestehenden Erfahrungen der Partnerländer werden die Handlungsmöglichkeiten des jeweils betroffenen Mitgliedstaats erheblich verstärkt.

## Neue Mitgliedstaaten an das Schengener Informationssystem anschließen

Ein weiteres Ziel unserer Präsidentschaft war, den Anschluss der neuen Mitgliedstaaten an das gemeinsame polizeiliche Schengener Fahndungssystem voranzutreiben. Wir konnten hierzu wichtige Akzente setzen:

Passkontrolle am Flughafen.





Bei der gemeinsamen Grenzkontrolle.

- Der Anschluss der am 1. Mai 2004 der EU beigetretenen neuen Mitgliedstaaten an das gemeinsame europäische Fahndungssystem liegt im Zeitplan. Damit werden ab nächstem Jahr zum Beispiel in Deutschland gestohlene Fahrzeuge in fast allen europäischen Mitgliedstaaten zur Fahndung ausgeschrieben. Kfz-Schieberbanden werden es damit zukünftig in Europa schwerer haben, Geschäfte zu machen.
- Im gemeinsamen Fahndungssystem sind darüber hinaus alle Personen gespeichert, die nicht nach Europa einreisen dürfen. Damit wird gefährlichen Straftätern oder terrorismusverdächtigen Personen bereits weit vor den Grenzen Deutschlands der Zutritt nach Europa verwehrt.
- Auch vermisste oder hilflose Personen können in dem gemeinsamen Fahndungssystem dann europaweit ausgeschrieben werden. Dies ist ein wesentliches Hilfsmittel für unsere deutschen Polizeien bei der Aufklärung von Entführungen.
- Mit dem Anschluss der neuen Mitgliedstaaten an das gemeinsame Fahndungssystem sowie dem damit einhergehenden Aufbau leistungsfähiger Polizei- und Grenzschutzsysteme in den neuen Mitgliedstaaten sind die Voraussetzungen geschaffen, ab 2008 die Grenzkontrollen zwischen und zu diesen Staaten aufzuheben. Damit können wir künftig ohne aufwendige Grenzkontrollen in fast alle Staaten der EU reisen. Unsere Grenzen werden ab 2008 weit vorverlagert und direkt an den Außengrenzen der Europäischen Union nach höchstem Sicherheitsstandard geschützt und kontrolliert.



- Das Schengener Informationssystem soll aber noch weiter verbessert werden. So werden ab 2008 nicht nur die neuen Mitgliedstaaten angeschlossen, sondern auch seine Funktionen erheblich erweitert. Dann können ab Ende 2008 im Rahmen der zweiten Generation des Schengener Fahndungssystems auch Fingerabdrücke und Lichtbilder von Straftätern direkt von allen Polizeien in Europa abgefragt und untereinander ausgetauscht werden.

## **Einrichtung eines Warn- und Meldeverbundes zur Ausweisung Terrorismusverdächtiger**

Wenn terrorismusverdächtige Personen aus einem Mitgliedstaat ausgewiesen werden, ist es wichtig, dass alle anderen Mitgliedstaaten hiervon sofort in Kenntnis gesetzt werden:

- Wir konnten in unserer Präsidentschaft erreichen, dass die Mitgliedstaaten einen Informationsmechanismus einrichten, indem sie sich gegenseitig unverzüglich über Drittstaatsangehörige unterrichten, die durch einen Mitgliedstaat im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten sowie Aufrufen zu Diskriminierung, Hass oder Gewalt ausgewiesen wurden.
- Dies ist besonders in den Fällen relevant, in denen ein Mitgliedstaat eine Person ausweist, diese aber – etwa wegen laufender Gerichtsverfahren – noch nicht sofort in ihren Herkunftsstaat abschieben kann. Der vereinbarte Informationsaustausch stellt nunmehr sicher, dass jeder Mitgliedstaat, der eine solche Information erhält, rechtzeitig eventuell notwendige eigene Sicherheitsvorkehrungen treffen kann.
- Zusätzlich zum eingerichteten Warnsystem besteht aufgrund des gemeinsamen Schengener Informationssystems die Möglichkeit, Drittstaatsangehörige auch zur Einreiseverweigerung europaweit auszuschreiben. Der neue Warnmechanismus ergänzt diese Möglichkeit gerade für Fälle, in denen eine solche Ausschreibung noch nicht möglich ist.

## Datenschutz in Europa stärken

Ohne Sicherheit keine Freiheit. Dies trifft auch auf die Sicherheit unserer Daten vor Missbrauch zu:

- So wie wir die Zusammenarbeit der europäischen Polizeibehörden, die Vernetzung ihrer Datenbanken im Kampf gegen Terroristen und Verbrechen in unserer Präsidentschaft vorangebracht haben, haben wir gleichzeitig dafür gesorgt, dass die hierbei erhobenen und gespeicherten Daten aktuellen Anforderungen an den Datenschutz gerecht werden und das Persönlichkeitsrecht der Bürgerinnen und Bürger Europas geschützt wird.
- So haben wir bei der Verknüpfung oder Einrichtung von Datenbanken nicht nur jeweils bereichsspezifische Datenschutzregelungen aufgenommen, sondern konnten auch ganz erheblich den Rahmenbeschluss zum Datenschutz im Bereich der gesamten polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Europa voranbringen. Er kann damit noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Er enthält wichtige Grundsätze und Regelungen, die beim grenzüberschreitenden polizei-

Der Parlamentarische Staatssekretär Altmaier, Bundesinnenminister Dr. Schäuble und der Ausschussvorsitzende Cavada (v. l. n. r.) im Ausschuss des Europäischen Parlaments für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE-Ausschuss).



lichen und justiziellen Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten einzuhalten sind. Damit ist beim Austausch von personenbezogenen Daten zwischen den Mitgliedstaaten sowie mit den europäischen Sicherheitsbehörden Europol und Eurojust zukünftig ein einheitlich hohes Datenschutzniveau sichergestellt.

## Katastrophenschutz fortentwickeln

Als Sicherheitsgemeinschaft muss die EU in Katastrophenfällen inner- wie außerhalb Europas in der Lage sein, Betroffenen schnell und unbürokratisch zu helfen. Damit dies zukünftig besser gewährleistet werden kann, haben wir in unserer Ratspräsidentschaft:

- einen Beitrag zur Fortentwicklung der Analyse- und Koordinierungsfähigkeit des Beobachtungs- und Informationszentrums der EU in Brüssel geleistet. Dies ist wichtig, denn so können die Mitgliedstaaten ihre Hilfsleistungen besser abstimmen. Unterstützung kann schnell und zielsicher dahin geleitet werden, wo sie benötigt wird. Dies ist gerade bei großen Naturkatastrophen, wie zum Beispiel dem Tsunami Ende 2004 im Indischen Ozean, von großer Bedeutung. Aber auch in Europa selbst sind wir durch Überschwemmungen oder große Waldbrände betroffen und werden von der verbesserten Funktion des gemeinsamen Beobachtungs- und Informationszentrums profitieren.

Das THW beim Hochwassereinsatz.



- Um immer schnell Hilfe zu gewährleisten, ist weiterhin Voraussetzung, dass die Mitgliedstaaten mögliche Hilfsangebote in „Modulen“ zusammenfassen. Dies konnten wir wesentlich vorantreiben. So gibt es zukünftig in den Mitgliedstaaten spezielle Hilfsmodule, zum Beispiel für die Bekämpfung von Waldbränden (spezialisierte Teams, die unter anderem über Hubschrauber und Flugzeuge mit speziellen Fähigkeiten zum Wassertransport verfügen), Überschwemmungen (Einheiten zum Bau von Dämmen oder zum Abpumpen von überschwemmten Kellern) oder zur Unterstützung nach Naturkatastrophen wie Erd- oder Seebeben (Bergungsteams, Trinkwasserversorgungsteams einschließlich Fahrzeugen und Vorrichtungen zur Wasserreinigung etc.).
- Damit Mitgliedstaaten, die bei Katastrophenfällen in Drittstaaten auch im Namen der EU Hilfe leisten, durch die Gemeinschaft hierbei auch finanziell unterstützt werden können, haben wir eine finanzielle Grundlage dafür geschaffen, dass bis zu 50 Prozent der Transportkosten für Hilfseinsätze, also zum Beispiel für den Transport von Notstromaggregaten oder Bergungsteams und ihrer Ausrüstung, aus dem EG-Haushalt bezuschusst werden.
- Und schließlich konnten wir durch gemeinsame Übungen das gute Zusammenspiel und den Erfahrungsaustausch zwischen Mitgliedstaaten bei der Bewältigung von chemischen Unfällen befördern. Solche Gefahrenlagen stellen wegen des Dekontaminationsaspekts ganz besondere Anforderungen an Einsatzkräfte und entwickeln sich leicht zu Großschadenslagen mit grenzüberschreitenden Folgen.



Legale Zuwanderung – deutsche und kenianische Biologen forschen gemeinsam in Thüringen.

## Illegale Migration bekämpfen, legale Migration gemeinsam steuern

### **Gesamtansatz Migration – Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitstaaten illegaler Migration ausbauen**

Nur wenn Herkunfts- und Transitstaaten ihrerseits gegen illegale Migration wirksam vorgehen und in Rückführungsfragen mit uns effektiv kooperieren, haben wir eine wirkliche Chance, illegale Migration zurückzudrängen. Hierbei sind aber auch ein Entgegenkommen und Unterstützung der EU gefordert. Wenn wir temporär Menschen aus Drittstaaten bei uns ausbilden und fördern, bei der Eingliederung der Rückkehrer helfen und diesen Staaten vor Ort beim Aufbau eigener Grenzschutz- und Migrationssysteme zur Seite stehen, kann eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der EU und den Transit- und Herkunftsstaaten etabliert werden. Wir konnten in unserer Präsidentschaft hierzu einen Beitrag leisten:

- So sind auf unsere Initiative wichtige Schritte für eine Neuorientierung der europäischen Migrationspolitik erfolgt. Es wird angestrebt, dass die EU mit ausgewählten Drittstaaten Partnerschaften über Migration und Entwicklung schließt. Dabei sollen der Aufbau effektiver Verwaltungsstrukturen in Drittstaaten, Rückübernahmeabkommen, Möglichkeiten temporärer zirkulärer Migration und gegenseitiger Visalerleichterungen sowie geringere Überweisungsgebühren für Migranten zur Unterstützung ihrer Heimatländer eine wichtige Rolle spielen.

- Darüber hinaus wird sich die Zusammenarbeit der EU in Fragen der Migration und Sicherheitskooperation zukünftig nicht nur auf Afrika und die Mittelmeerregion, sondern insbesondere auch auf die östlichen und südöstlichen Nachbarregionen der Europäischen Union konzentrieren. Denn illegale Migration nach Europa, insbesondere Deutschland, findet in erheblichem Maß über östliche und südöstliche Schleusungsrouten statt.
- Im Laufe unserer Präsidentschaft erfolgten bereits zur Vertiefung des Dialogs mit Herkunfts- und Transitstaaten im Mai und Juni dieses Jahres erste EU-Missionen zu Sondierungsgesprächen über eine verbesserte Zusammenarbeit in Migrationsfragen nach Kap Verde, Ghana und Mauretanien.

## Schutz der EU-Außengrenzen im Kampf gegen illegale Migration verstärken

Der freie Personen- und Reiseverkehr in bald der gesamten Europäischen Union, einschließlich der schengenassoziierten Partner (Norwegen, Island und demnächst der Schweiz) ist eine der wesentlichen Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses. Um aber zu verhindern, dass Terroristen, Schleuserbanden und Kriminelle diese Freiheit ausnutzen, müssen wir gewährleisten, dass an den gemeinsamen Außengrenzen umso effektiver und nachhaltiger Kontrollen

Hubschrauber der Bundespolizei im Einsatz.



durchgeführt werden. Die weitere Stärkung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX, deren Aufgabe die Unterstützung und Koordinierung gemeinsamer Maßnahmen der Mitgliedstaaten an den Außengrenzen ist, war deshalb strategisches Ziel unserer Präsidentschaft:

- Dabei ist es uns gelungen, mit der Verabschiedung der Verordnung zur Einrichtung eines Mechanismus zum Aufbau von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke die Arbeitsmöglichkeiten der Agentur wesentlich zu verbessern. So können zukünftig durch FRONTEX kurzfristig jedem Mitgliedstaat, der einer besonderen Belastung durch erhöhte Versuche illegaler Migration ausgesetzt ist, grenzpolizeiliche Expertenteams zur Unterstützung zur Verfügung gestellt werden.
- Bei FRONTEX wird zu diesem Zweck ein entsprechender Ad-hoc-Einsatzpool von bis zu 600 Grenzpolizisten der Mitgliedstaaten eingerichtet. Weiter sieht die Verordnung vor, dass bei gemeinsamen Einsätzen unter der Ägide von FRONTEX alle vor Ort eingesetzten Kräfte, also in Italien zum Beispiel auch Beamte der Bundespolizei, Eingreifbefugnisse haben und somit die Grenzpolizisten des jeweiligen Einsatzstaates effektiv unterstützen können.
- Außerdem konnte bei FRONTEX ein Pool von Flugzeugen, Hubschraubern, Schiffen und Überwachungsgeräten eingerichtet werden, die die Mitgliedstaaten sich auf freiwilliger Basis temporär zur Verfügung stellen. Der Agentur wurden inzwischen über 20 Flugzeuge, fast 30 Hubschrauber und weit mehr als 100 Schiffe neben umfassender weiterer technischer Ausrüstung gemeldet. Damit werden insgesamt in Europa nicht nur Ressourcen gespart; es ist auch sichergestellt, dass an allen Brennpunkten illegaler Migration jederzeit ausreichend technische Grenzschutzmittel im gemeinsamen Kampf gegen illegale Migration zur Verfügung stehen.
- Bereits im Mai war es weiterhin möglich, im Mittelmeer ein gemeinsames Patrouillennetz der Grenzpolizeibehörden unter Koordinierung von FRONTEX einzurichten. Seitdem stimmen die betroffenen Mitgliedstaaten ihre grenzpolizeilichen Überwachungsfahrten ab und können damit wesentlich effektiver den Schutz der Seeaußengrenzen der Europäischen Union im Mittelmeer sicherstellen. Dies wird zukünftig helfen zu verhindern, dass Menschen ihr Leben auf den gefährlichen Überfahrten von Afrika nach Europa aufs Spiel setzen.

Wir konnten damit in unserer Präsidentschaft einen erheblichen Beitrag zur Stärkung des Schutzes unserer gemeinsamen Außengrenzen und im Kampf gegen illegale Migration und die Machenschaften von Schleuserbanden leisten. Nur gut geschützte Außengrenzen garantieren Freiheit und Sicherheit im Inneren und ermöglichen, weiterhin in Europa ohne zeitaufwendige Grenzkontrollen zu reisen.

## Visummissbrauch verhindern

Das auf einem deutschen Vorschlag beruhende EU-Visuminformationssystem (VIS) ist ein wichtiges Beispiel dafür, wie man mit intelligenten und flexiblen Lösungen einen entscheidenden Vorsprung sowohl vor denen erreicht, die unsere Sicherheit bedrohen, als auch vor denen, die durch den Missbrauch von Einreisemöglichkeiten die Regelungen der europäischen Visumpolitik unterlaufen. Bei dem VIS handelt es sich um die Einrichtung einer gemeinsamen europäischen Datenbank, mit der die Speicherung und der Abruf der persönlichen Daten des Visumantragstellers einschließlich biometrischer Merkmale sowie erteilter, abgelehnter und widerrufenen Visa durch die zuständigen Behörden (insbesondere Visum-, Grenz- und Einwanderungsbehörden) ermöglicht wird:

Antrag für ein Schengen-Visum.





- Es ist uns gelungen, die seit Anfang 2005 andauernden Beratungen zur VIS-Verordnung zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen und mit der erfolgten politischen Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament über den Rechtsakt die notwendige Grundlage für den weiteren Aufbau und die Inbetriebnahme des VIS zu legen.
- Bei jeder Visumantragsstellung können die Auslandsvertretungen der Mitgliedstaaten zukünftig überprüfen, ob der Drittstaatsangehörige bereits bei weiteren Auslandsvertretungen Anträge gestellt hat und ob diese abgelehnt wurden (Verhinderung des sogenannten Visa-Shoppings).
- Zur Verweigerung der Einreise nach Europa ausgeschriebene Personen sind mittels biometrischer Daten eindeutig identifizierbar. Identitätstäuschungen bei Visumantragstellung können bei vorheriger Erfassung im VIS aufgedeckt werden. Ein Visum wird dann nicht erteilt.
- Die Überprüfungen bei der Einreise an den Außengrenzen und im Inland werden erleichtert, da zukünftig mittels der Fingerabdrücke festgestellt werden kann, ob für den betreffenden Drittstaatsangehörigen tatsächlich das Visum erteilt wurde. Illegale Einreisen können so verhindert werden.
- Das VIS wird auch dazu beitragen, die Identifizierung von ausreisepflichtigen Personen zu ermöglichen.
- Zudem kann die Zuständigkeit eines Mitgliedstaates für die Durchführung von Asylverfahren leichter festgestellt werden.
- Außerdem können die europäischen Polizei- und Sicherheitsbehörden, einschließlich Europol, zu Zwecken der Prävention, Aufdeckung und Untersuchung terroristischer und sonstiger schwerwiegender Straftaten auf die Daten des VIS zugreifen. Durch die neu geschaffenen Recherchemöglichkeiten der Sicherheitsbehörden wird der Schutz vor allem vor den Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus und die Organisierte Kriminalität zukünftig entscheidend vorangebracht. Hiermit konnten wir, neben der Überführung des Vertrags von Prüm in den EU-Rechtsrahmen, einen weiteren wichtigen Grundstein zur Verwirklichung eines europäischen Informationsverbundes legen.

## Rückführungen verbessern

Die effektive Rückführung von ausreisepflichtigen Drittausländern ist ein wesentliches Element bei der Bekämpfung illegaler Migration und macht deutlich, dass illegale Migration in der EU nicht hingenommen wird. Dazu muss die EU mit den Herkunfts- und Transitländern eng zusammenarbeiten.

- Während der deutschen Ratspräsidentschaft wurden die Beratungen zum Vorschlag der Kommission für eine sogenannte Rückführungsrichtlinie vorangetrieben. Mit dem Vorschlag soll erreicht werden, dass die Mitgliedstaaten bei der Rückführung von Drittstaatsangehörigen möglichst nach gemeinsamen Standards verfahren.
- Die Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitstaaten wurde durch den Abschluss von Verhandlungen über Rückübernahmeabkommen der Gemeinschaft mit Drittstaaten weiter intensiviert. Während der deutschen Ratspräsidentschaft wurden Verhandlungen mit Serbien, Montenegro, der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Moldau und der Ukraine abgeschlossen. Das Abkommen mit Russland ist zum 1. Juni 2007 in Kraft getreten.
- Die durchgeführte Evaluierung der Verläufe und Ergebnisse der seit dem Jahr 2000 geführten Verhandlungen der Gemeinschaft mit Drittstaaten über Rückübernahmeabkommen wird in zukünftige Vertragsverhandlungen einfließen.
- Außerdem wurde vereinbart, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, der Kommission und FRONTEX auf dem Gebiet der Rückführung weiter zu verbessern.
- Während der deutschen Ratspräsidentschaft fanden im Februar und im April 2007 zwei Sammelrückführungen nach Kamerun, Ghana und Togo im Rahmen eines EU-Projektes statt. An diesen Maßnahmen beteiligten sich neben Deutschland auch Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Polen, Spanien, die Schweiz und die Tschechische Republik.



Die Europäische Union und ihre Außengrenzen.

## Legale Zuwanderung steuern

Um legale Zuwanderung wirksam steuern zu können, ist die Europäische Union gefordert, unter Berücksichtigung nationaler Gegebenheiten gemeinsame Kriterien zu erarbeiten. Die deutsche Präsidentschaft hat hierbei einige Fortschritte erreicht:

- Zur Frage der Ableitung von Aufenthaltsrechten von Drittstaatsangehörigen aus Kooperations- und Assoziationsabkommen der EU mit Drittstaaten wurden auf Initiative Deutschlands Leitlinien für die zukünftige Vorgehensweise entwickelt. Durch ihre Anwendung soll bei der Mandatserteilung an die Kommission sowie den Verhandlungen und dem Abschluss zukünftiger Abkommen Klarheit über die durch diese verliehenen Rechte mit einreise- oder aufenthaltsrechtlicher Relevanz geschaffen werden.
- Im März 2007 hat der gegenseitige Informationsmechanismus zu Maßnahmen der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet von Asyl und Einwanderung seinen Wirkungsbereich aufgenommen. Dieser Mechanismus war aufgrund eines Beschlusses des Rates vom 5. Oktober 2006 eingerichtet worden. Ziel ist, dass sich die Mitgliedstaaten möglichst frühzeitig über wichtige nationale Maßnahmen im asyl- und einwanderungspolitischen Bereich informieren, die über den jeweiligen Mitgliedstaat hinaus Wirkung entfalten.
- Für die Entwicklung wirksamer politischer Maßnahmen der EU-Institutionen sowie der Mitgliedstaaten in den Bereichen internationale Wanderung, internationaler Schutz sowie zur Bekämpfung der illegalen Einreise und des illegalen Aufenthalts sind verlässliche und vergleichbare Daten über das Ausmaß und die Art von Wanderungsbewegungen in den Mitgliedstaaten unerlässlich. Hierzu wurde unter deutscher Ratspräsidentschaft die Verordnung zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz verabschiedet. Mit dieser Verordnung wird künftig ein rechtlicher Rahmen auf Gemeinschaftsebene existieren, der es ermöglicht, die erforderlichen Daten zu erheben.



Integration in der Schule – Schüler einer Hamburger Hauptschule kochen gemeinsam.

## Integration und interkulturellen Dialog fördern

Migration und Integration sind zu alltäglichen Erfahrungen in unserer globalisierten Welt geworden. Das Phänomen großer anhaltender Wanderungsbewegungen und die damit einhergehenden Fragen werden uns dauerhaft begleiten. Wenn Migration nicht zum Problem für die innere Toleranz und die Stabilität unserer Freiheitsordnungen werden soll, muss die Integration der Zuwanderer gelingen. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union stehen hier ganz überwiegend vor denselben Problemen. Es war daher auch ein wesentliches Ziel unserer Ratspräsidentschaft, den Erfahrungs- und Informationsaustausch zu Fragen der Integration und des interkulturellen Dialogs auf europäischer Ebene voranzubringen:

■ Denn auf der einen Seite sind aufnahmebereite Gesellschaften notwendig, die Zuwanderer darin unterstützen, ihre Fähigkeiten zu erkennen und sie zum Nutzen aller weiterzuentwickeln. Auf der anderen Seite müssen Migranten, die längerfristig oder für immer bleiben wollen, eigene Anstrengungen unternehmen, sich zu integrieren. Vor allem müssen sie die Sprache der Aufnahmegesellschaft erlernen sowie deren Grundwerte anerkennen.

- Viele Mitgliedstaaten sind durch Radikalisierungstendenzen bedroht. Der interkulturelle Dialog kann bei der Förderung des sozialen Zusammenhalts eine wichtige Rolle spielen und die religions- und gesellschaftspolitische Integration insbesondere von Zuwanderern verschiedener Herkunft, Kultur und Religion fördern. Zugleich wirkt der interkulturelle Dialog Rassismus und Extremismus entgegen und leistet einen bedeutenden Beitrag, Radikalisierung zu verhindern.
- Wir konnten in unserer Präsidentschaft erreichen, dass die Nationalen Kontaktpunkte der Mitgliedstaaten für Fragen der Integration ein umfassendes Mandat, das auch den Herausforderungen der Integration der Zuwanderer der zweiten und dritten Generation gerecht wird, erhalten haben. Damit wird zukünftig eine verbesserte, kontinuierliche und nachhaltigere Zusammenarbeit auf EU-Ebene und zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich der Integration erfolgen.
- Im Bereich des interkulturellen Dialogs wird auf Initiative des deutschen Vorsitzes erstmals ein Erfahrungs- und Informationsaustausch auf europäischer Ebene eingerichtet. Deutschland wird zu den beiden ersten Treffen von Experten aus den interessierten Mitgliedstaaten der EU einladen. Darauf aufbauend sollen Strukturen geschaffen werden, die die kurzfristige und schnelle Abstimmung bei aktuellen Problemen ermöglichen.
- Auf Einladung von Minister Dr. Schäuble fand am 20. Juni in Berlin ein Treffen der Präsidentschaft mit Vertretern der großen Kirchen und Religionsgemeinschaften Europas statt.



Trilaterales Ministertreffen der EU, USA und der Russischen Föderation in Berlin: (unten, v. l. n. r.) Chertoff (USA), Dr. Schäuble (D), Iwanow (RUS), (oben, v. l. n. r.) Nurgalijew (RUS), Frattini (Vizepräsident der Europäischen Kommission), Bizjak (EU-Generaldirektor für Justiz und Inneres) und Wainstein (USA).

## Die äußere Dimension gestalten

Die Terroranschläge von New York, Madrid und London zeigen, dass die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit zunehmend unschärfer werden. Die Wurzeln unserer Bedrohungen liegen oft außerhalb der Europäischen Union. Die EU arbeitet deshalb mit vielen Drittstaaten auch im Bereich der Innen- und Justizpolitik eng zusammen, um die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten:

- Dabei ist es uns gelungen, mit einer erstmals ausgetragenen Konferenz der EU, USA und Russlands die beiden strategisch bedeutenden Partner der Gemeinschaft in Fragen der inneren Sicherheit und Terrorismusbekämpfung zusammenzuführen. Bei diesem Treffen haben wir über Terrorismusbekämpfung, wichtige Grenzschutzthemen sowie Möglichkeiten der Bekämpfung des Drogenschmuggels aus Afghanistan diskutiert. Wir konnten erreichen, dass eine trilaterale Expertengruppe eingerichtet wird, die die Zusammenarbeit der drei Partner bei der Terrorismusbekämpfung noch weiter vertiefen wird.
- Darüber hinaus haben wir zwischen der EU und den USA in einem weiteren Treffen die Zusammenarbeit beim Datenschutz und Fragen des freien Reiseverkehrs vorangebracht. Denn wir wollen, dass zukünftig alle EU-Bürger visumfrei in die USA einreisen können und seitens der USA im Datenschutz die von uns geforderten Standards eingehalten werden.

- Im Rahmen des EU-Russland-Treffens konnten wir intensiv an der weiteren Ausgestaltung des gemeinsamen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts arbeiten. So wurde unter anderem vereinbart, einen Dialog über Visumfragen zu beginnen, der auch dazu dient, die Sicherheitsstandards Russlands in Bezug auf den Datenschutz oder die Einführung biometrischer Merkmale denjenigen der EU anzunähern.
- Weiterhin fand eine Sitzung der EU mit der Ukraine statt, einem der wichtigsten direkten Nachbarn der Gemeinschaft. Wir haben gemeinsam mit der Ukraine die Fortschritte der Zusammenarbeit im Bereich Grenzschutz, Migration und Asyl sowie der Bekämpfung Organisierter Kriminalität bewertet. Darüber hinaus wurde bei dem Treffen ein Arbeitsübereinkommen zwischen der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX und dem ukrainischen Grenzschutz unterzeichnet.
- Wir haben zusammen mit der Europäischen Kommission für die Gemeinschaft mit der Ukraine Verhandlungen über ein erweitertes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen begonnen. Es soll den guten Fortschritten in der Zusammenarbeit der letzten Jahre zwischen der EU und der Ukraine Rechnung tragen und wird die Rechtsgrundlage einer künftig noch engeren Kooperation bilden.





Vizepräsident der Europäischen Kommission Frattini, Bundesinnenminister Dr. Schäuble und der Parlamentarische Staatssekretär Altmaier (v. l. n. r.) auf dem Treffen der hochrangigen Gruppe zur Zukunft der europäischen Innenpolitik in Eltville.

## Zukunft der europäischen Innenpolitik

Es ist wichtig, dass wir uns frühzeitig darüber Gedanken machen, wie wir europäische Innenpolitik zukünftig gestalten wollen:

- Auf Vorschlag von Bundesinnenminister Dr. Schäuble stimmten die Innenminister der EU der Einrichtung einer informellen hochrangigen beratenden Gruppe (Future Group) zur Zukunft der europäischen Innenpolitik ab 2010 zu (bis Ende 2009 werden die Ziele der gemeinsamen europäischen Innenpolitik noch durch das sogenannte Haager Programm definiert).
- Damit ist sichergestellt, dass wir frühzeitig über Konzepte für die europäische Innenpolitik bis 2015 nachdenken.

- An den Diskussionen nehmen die Innenminister der laufenden sowie der nächsten Triopräsidentschaft (Deutschland, Portugal, Slowenien, Frankreich, Tschechien, Schweden), ein Vertreter der nachfolgenden Triopräsidentschaft (zurzeit Spanien) sowie der Vizepräsident der Europäischen Kommission Frattini und der Vorsitzende des für Innenpolitik zuständigen Ausschusses des Europäischen Parlaments teil. Durch die Zusammensetzung der Gruppe sind die Interessen kleiner wie großer, nördlicher wie südlicher, neuer und alter Mitgliedstaaten umfassend gewahrt. Die Gruppe ist gleichzeitig immer noch klein genug, um effektiv beraten und konkrete Visionen für die zukünftige europäische Innenpolitik zur weiteren Stärkung von Freiheit und Sicherheit entwickeln zu können.
- Wir konnten bereits unter unserer Präsidentschaft die ersten beiden Sitzungen der Gruppe durchführen. Die Minister und Vizepräsident Frattini erörterten dabei Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX, des gemeinsamen Schengener Grenz- und Visumanagements, der grenzpolizeilichen Zusammenarbeit mit Drittstaaten sowie der immer stärkeren Verschmelzung von innerer und äußerer Sicherheit.
- Die Gruppe wird im Herbst 2008 und damit rechtzeitig zu Beginn der förmlichen Verhandlungen des Post-Haager-Programms zur Zukunft der Innenpolitik der EU einen umfassenden Bericht vorlegen.





Das Blutdopingmittel EPO.

## Weitere Themen der Ratspräsidentschaft

### Europäische Union und Sport

Wir konnten in unserer Präsidentschaft im Rahmen etlicher Veranstaltungen und Projekte dazu beitragen, die Rolle und Bedeutung des Sports in unserer Gesellschaft in seinen vielschichtigen Facetten weiter zu stärken:

- Um die Dopingbekämpfung auch auf europäischer Ebene noch weiter zu intensivieren, haben die EU-Sportminister beschlossen, die Zusammenarbeit der nationalen Anti-Doping-Organisationen im Sinne eines Kommunikationsnetzwerks zu unterstützen.
- Im Bereich „Sport und Ökonomie“ haben wir auf europäischer Ebene, gemeinsam mit der EU-Kommission, die Arbeiten an einem „Satellitenkonto Sport“ vorangetrieben. Das Satellitenkonto ermöglicht, die ökonomischen Auswirkungen des Sports, zum Beispiel seinen Anteil am Bruttoinlandsprodukt und die Anzahl der Beschäftigten im Sport, zu ermitteln.
- Zur Gewaltbekämpfung vereinbarten die EU-Sportminister, das Modell des grenzüberschreitenden Polizeieinsatzes weiter voranzubringen.

- Beim Thema „Sport und Integration“ konnten wir in unserer Präsidentschaft auf EU-Ebene insbesondere die sozial-integrativen Potenziale von Sportvereinen verdeutlichen.
- Das Thema „Duale Karriere – Vereinbarkeit von Spitzensport, Ausbildung und Beruf“ stand im Mittelpunkt eines am 5. und 6. Mai 2007 in Stuttgart durchgeführten Workshops. Der Workshop zeigte Probleme und Lösungsmöglichkeiten auf, wie sportliche und berufliche Karriere miteinander vereinbart werden können.
- Weiterhin haben wir in unserer Ratspräsidentschaft die Arbeiten der Europäischen Kommission am „EU-Weißbuch zum Sport“, das im Juli 2007 von der Kommission verabschiedet werden soll, maßgeblich begleitet.

## Verwaltungszusammenarbeit stärken

Die europäische Zusammenarbeit im Bereich des öffentlichen Dienstes – European Public Administration Network „EUPAN“ – hilft durch einen Informations- und Erfahrungsaustausch über erfolgreiche Lösungsansätze („Best Practices“), die Arbeit der öffentlichen Verwaltungen in den einzelnen Staaten weiterzuentwickeln:

- Thema unserer Präsidentschaft waren Fragen der strategischen Steuerung von Zentralverwaltungen vor dem Hintergrund der Herausforderungen des demographischen Wandels. Wir konnten erreichen, dass die Anforderungen der demographischen Entwicklung an den öffentlichen Dienst zukünftig übergreifender Schwerpunkt der Zusammenarbeit im EUPAN-Netzwerk werden.
- Außerdem haben wir uns damit beschäftigt, wie die öffentlichen Verwaltungen zur Förderung und Ausbildung von Bewerbern aus allen Bevölkerungsgruppen und damit zur Verbesserung der Chancengleichheit im öffentlichen Dienst beitragen können.
- Weiterhin haben wir eine Intensivierung des sozialen Dialogs der Zentralverwaltungen auf europäischer Ebene erreicht. Künftig wird es für die Zusammenarbeit der im EUPAN-Netzwerk versammelten öffentlichen Arbeitgeber mit der europäischen Gewerkschaftsdelegation „TUNED“ feste Strukturen und geregelte Verfahren geben.



Sichere Datenübertragung.

- Unter deutscher Präsidentschaft konnte ebenfalls eine Studie zur Leistungsbewertung im öffentlichen Dienst der Mitgliedstaaten erarbeitet, ausgewertet und erörtert werden.
- Und es ist uns gelungen, gemeinsame Richtlinien zur Gewährleistung der Qualität öffentlicher Dienstleistungen („Citizen Charters“) fertig zu stellen und zu verabschieden. Eine wichtige Rolle spielen dabei auch Fragen der Bürgerzufriedenheit und einer kundenorientierten öffentlichen Verwaltung.

## Den sicheren elektronischen Kommunikationsraum realisieren

Internet, E-Mail und Mobiltelefone sind aus unserer Welt nicht mehr wegzudenken. Informationen sind dadurch überall verfügbar. Von ihrer sicheren Übertragung hängt der Erfolg der europäischen Wirtschaft ab. Und für eine reibungslose Zusammenarbeit der Verwaltungen, in Deutschland wie in Europa, ist Voraussetzung, dass die modernen elektronischen Kommunikationsmittel kompatibel sind sowie höchsten Sicherheitsanforderungen entsprechen.

- Die in unserer Präsidentschaft bereits Anfang März durchgeführte Konferenz „Advancing eGovernment2007“ in Berlin hat dringliche Aufgaben der öffentlichen Verwaltung benannt, um einen elektronischen Kommunikationsraum in Europa für die Verwaltungen der Mitgliedstaaten zu realisieren: Interoperabilität, das heißt die Fähigkeit zur Zusammenarbeit verschiedener Systeme, ein elektronisches Identitätsmanagement, das eine sichere Authentisierung im Internet ermöglicht, Standardisierung und offene Dokumentenaustauschformate sowie ein nutzerorientiertes E-Government. Im Dialog der Verwaltungen mit Bürgern und Unternehmen müssen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, um die elektronischen Dienste am Bedarf ihrer Nutzer auszurichten.
- Auf der IT-Sicherheitskonferenz „Innovation und Verantwortung“ Anfang Juni in Berlin diskutierten rund 250 Experten aus Verwaltung, Wissenschaft und Politik die Frage, wer an welcher Stelle die Verantwortung für den Schutz und die Sicherheit von Daten, Informationen und IT-Infrastrukturen in der EU trägt. Denn nur sichere und vertrauenswürdige IT-Produkte und -Systeme werden die erforderliche Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen zum Angebot und zur Nutzung grenzüberschreitender Dienstleistungen schaffen können. IT-Sicherheit ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich alle – der Staat, die Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger – aktiv beteiligen müssen.
- Für die Zukunft wollen wir deshalb die Verabschiedung europäischer Standards, insbesondere bei der Onlineauthentisierung von Nutzern, vorantreiben. Dies wird ein grenzüberschreitendes E-Government fördern sowie den Identitätsmissbrauch im Internet bekämpfen.



Treffen der EU-Innen- und Justizminister und -ministerinnen in Dresden.

## Die informellen Ministertreffen im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

### Informelles Treffen der Justiz- und Innenminister der EU in Dresden

Das informelle Treffen der Justiz- und Innenminister der EU vom 14. bis 16. Januar stellte den Auftakt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft dar. 65 Ministerinnen und Minister mit rund 300 Delegationsmitgliedern waren hierzu nach Dresden angereist.

Auf dem Treffen – und damit gleich zu Beginn der deutschen EU-Präsidentschaft – konnten wichtige politische Vorhaben wie die Verknüpfung polizeilicher Ermittlungsdatenbanken, eine engere Zusammenarbeit mit Transit- und Herkunftsstaaten illegaler Migration, der weitere Ausbau der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX sowie die Einsetzung einer hochrangigen Arbeitsgruppe zur künftigen Gestaltung europäischer Innenpolitik ab 2010 auf den Weg gebracht werden. Sicherlich auch dank dieses guten Starts war es möglich, im Laufe der folgenden Monate bis Ende Juni sukzessive das umfassende Arbeitsprogramm des Bundesministeriums des Innern für die deutsche Ratspräsidentschaft erfolgreich umzusetzen.

## **Informelles Treffen der EU-Sportminister in Stuttgart**

Auf Einladung von Bundesminister Dr. Schäuble nahmen am 12. und 13. März Ministerinnen und Minister mit Delegationen aus 26 Mitgliedstaaten am Treffen in Stuttgart teil, zu Gast auch Ján Figel, der für den Sport zuständige EU-Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend.

Auf der Tagesordnung standen insbesondere die Themen Sport und Ökonomie, Sport und Gewalt, Integration und Sport sowie die Dopingbekämpfung. Eröffnet wurde die Tagung mit einem Rückblick auf die Fußball-WM 2006. Gastredner Franz Beckenbauer, Chef des WM-Organisationskomitees, stellte dabei die Kampagne „Die Welt zu Gast bei Freunden“ vor.

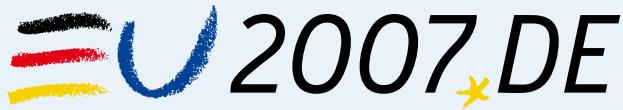
## **Informelles Treffen der Integrationsminister der EU in Potsdam**

Auf Einladung von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble tagten am 10. und 11. Mai die Integrationsminister der Europäischen Union in Potsdam. Themen der Konferenz waren die Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustauschs innerhalb der EU in Fragen der Integrationspolitik sowie die Förderung des interkulturellen Dialogs.

## **Informelles Treffen der für den öffentlichen Dienst und für die öffentliche Verwaltung zuständigen Minister der EU in Berlin**

Am 21. und 22. Juni fand in Berlin das informelle Treffen der für den öffentlichen Dienst und die öffentliche Verwaltung zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten auf Einladung von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble statt. Die Minister erörterten Fragestellungen zur Anpassung der Strukturen im öffentlichen Dienst und der öffentlichen Verwaltung im Kontext des demographischen Wandels. Den Gesprächen schloss sich eine Diskussion sowie die Verabschiedung einer Ministerresolution an, in welcher der Ausbau des sozialen Dialogs im Europäischen Netz öffentlicher Verwaltungen (EUPAN) und eine politische Leitlinie für das Mid-Term Programme 2008–2009 fokussiert werden.





*Europa gelingt gemeinsam.*

## Ratspräsidentschaftsticker

### Umgesetzte und vorangebrachte Einzelvorhaben

#### Internationalen Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität bekämpfen

Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	Ergebnis
Überführung der wesentlichen Teile des Vertrags von Prüm in den EU-Rechtsrahmen	politische Einigung ✓
Überführung Europol in den EU-Rechtsrahmen	politische Einigung ✓
Start des Projekts „check the web“ zur Vertiefung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten beim Beobachten und Analysieren der terroristischen Nutzung des Internets	gestartet ✓
Informationsaustausch zu Drittstaatsangehörigen, die aus sicherheitsrelevanten Gründen ausgewiesen worden sind	eingrichtet ✓

Vorbereitung der Einbeziehung der neuen Mitgliedstaaten in das Schengener Fahndungssystem (SIS I für alle), des Wegfalls der Grenzkontrollen zu und zwischen den neuen Mitgliedstaaten und der Erweiterung des Schengener Fahndungssystems um neue Sicherheitsfunktionen (SISII)	Vorgebracht und gesetzten Zeitplan eingehalten	✓
Ratsbeschluss über den Zugang der Sicherheitsbehörden und von Europol zum Visuminformationssystem (VIS) zum Zwecke der Prävention, Aufdeckung und Untersuchung terroristischer und sonstiger schwerwiegender Straftaten vorantreiben	politische Einigung	✓
Schlussfolgerungen des Rates zu dem Zugang der Polizei- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Euopols zu Eurodac verabschiedet	verabschiedet	✓
Rahmenbeschluss zum Datenschutz in der 3. Säule weiter voranbringen	vorgebracht	✓
Neufassung des Gemeinschaftsverfahrens für Katastrophenschutzzeinsätze	politische Einigung	✓

### Migration gemeinsam steuern

Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	Ergebnis	
Verordnung zur Einführung eines Visuminformationssystem (VIS) voranbringen	politische Einigung	✓
Einführung biometrischer Merkmale in Aufenthaltstitel von Drittstaatsangehörigen	vorgebracht	✓
FRONTEX – Verordnung zur Bildung von Soforteinsatzteams verabschiedet	verabschiedet	✓

FRONTEX – Einrichtung eines zentralen Pools für technische Einsatzmittel (unter anderem Flugzeuge, Hubschrauber, Schiffe)	eingrichtet	✓
FRONTEX – Einrichtung eines Küstenpatrouillen-netzes im Mittelmeer und im Bereich der Kanarischen Inseln	eingrichtet	✓
Schlussfolgerungen zu den Perspektiven der europäischen grenzpolizeilichen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, Partner- und Transitstaaten sowie FRONTEX verabschieden	verabschiedet	✓
Schlussfolgerungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, der Kommission und FRONTEX auf dem Gebiet der Rückführung verabschieden	verabschiedet	✓
Schlussfolgerungen zur Anwendung des Gesamtansatzes Migration auf die östlichen und südöstlichen Nachbarregionen der EU und zu Mobilitätspartnerschaften zwischen der EU und Drittstaaten verabschieden	verabschiedet	✓
Evaluierung der Verhandlungsverläufe und -ergebnisse für Rückübernahmeabkommen der Gemeinschaft mit Drittstaaten	durchgeführt	✓
Leitlinien für die Ableitung von Aufenthaltsrechten von Drittstaatsangehörigen aus Kooperations- und Assoziationsabkommen verabschieden	verabschiedet	✓
Richtlinie über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung von sich illegal aufhaltenden Drittstaatsangehörigen weiter voranbringen	vorangebracht	✓
Verordnung zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz verabschieden	verabschiedet	✓

Verhandlung von EG-Rückübernahmeabkommen mit weiteren Drittstaaten	durchgeführt	✓
Gemeinsame Rückführungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten	durchgeführt	✓
Gemeinsames Europäisches Asylsystem: Beginn der Evaluierung der Dublin/Eurodac-Verordnungen	umgesetzt	✓
Vorstellung Grünbuch zur Zukunft des Asylrechts	erfolgt	✓
Gegenseitiger Informationsaustausch zu asyl- und einwanderungspolitischen Maßnahmen	umgesetzt	✓
Aufnahme von Verhandlungen zur Richtlinie über Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen	umgesetzt	✓
Verhandlungen über EG-Visumerleichterungsabkommen mit weiteren Drittstaaten	durchgeführt	✓

## Integration und interkulturellen Dialog fördern

Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	Ergebnis
Schlussfolgerungen zur Stärkung der Integrationspolitik in der Europäischen Union durch Förderung von Einheit in der Vielfalt verabschieden	verabschiedet ✓

## Europäische Union und Sport

Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	Ergebnis
Intensive Zusammenarbeit bei Prävention und Abwehr gewalttätiger Ausschreitungen im Umfeld des Sports (zum Beispiel Modell des grenzüberschreitenden Polizeieinsatzes) voranbringen	vorgebracht ✓
Einrichtung eines Satellitenkontos Sport voranbringen	vorgebracht ✓
Konstruktive Begleitung der Erarbeitung des „EU-Weißbuchs zum Sport“ durch die Kommission	erfolgt ✓
Vernetzung der nationalen Anti-Doping-Organisationen zwecks Aufbau eines Kommunikationsnetzwerkes	vorgebracht ✓
Aufzeigen von Verbesserungsmöglichkeiten zur Vereinbarkeit von Spitzensport, Ausbildung und Beruf – „Duale Karriere“	erfolgt ✓

## Verwaltungszusammenarbeit stärken

Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	Ergebnis
Fortentwicklung des europäischen sozialen Dialogs der Zentralverwaltungen der Mitgliedstaaten	erfolgt ✓
Erleichterung der Mobilität zwischen den öffentlichen Diensten der Mitgliedstaaten	vorgebracht ✓
Vergleichende Studie zur Leistungsbeurteilung im öffentlichen Dienst Beschäftigter in den EU-Mitgliedstaaten durchführen	durchgeführt ✓

Strategiepapier zum Kundenzufriedenheitsmanagement im öffentlichen Dienst verabschiedet	verabschiedet	✓
Leitlinien zur "Gewährleistung der Qualität öffentlicher Dienstleistungen" (Citizen Charters) in den Mitgliedstaaten der EU verabschiedet	verabschiedet	✓
Übergreifenden Aktionsplan zur Einführung des Gemeinsamen Europäischen Qualitätsbewertungssystems (Common Assessment Framework – CAF) in den öffentlichen Verwaltungen der Mitgliedstaaten verabschiedet	verabschiedet	✓

## Zukunft der europäischen Innenpolitik

Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	Ergebnis
Informelle hochrangige beratende Gruppe zur Zukunft der europäischen Innenpolitik einsetzen	eingesetzt ✓

## Termine

- 3. Januar 2007** Vorstellung des Arbeitsprogramms des BMI zur EU-Ratspräsidentschaft in der Bundespressekonferenz in Berlin
- 12. Januar 2007** Offizieller Start der EU-Ratspräsidentschaftswebsite des BMI durch Minister Dr. Schäuble
- 14.–16. Januar 2007** Informeller Rat der Justiz- und Innenminister in Dresden
- 22. Januar 2007** EU-Projekttag an Schulen in Deutschland, Besuch von Minister Dr. Schäuble an der Max-Eyth-Schule in Stuttgart
- 24. Januar 2007** Vorstellung des Arbeitsprogramms des BMI zur EU-Ratspräsidentschaft im Innenausschuss (LIBE-Ausschuss) des Europäischen Parlaments
- 1.–2. Februar 2007** Informelles Treffen der EU-Sportdirektoren, Eröffnung durch den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Bergner in Bonn

- 15. Februar 2007** Rat der Justiz- und Innenminister in Brüssel
- 22. Februar 2007** Teilnahme des Parlamentarischen Staatssekretärs Altmaier an der Sitzung des Verwaltungsrats von FRONTEX in Frankfurt/Main und Besuch des ersten grenzpolizeilichen Einsatzes unter FRONTEX-Ägide auf europäischen Flughäfen zur Bekämpfung der illegalen Einreise auf dem Luftweg
- 1. März 2007** Eröffnung der Konferenz e-Government in Berlin durch Minister Dr. Schäuble
- 5. März 2007** Gastvorlesung des Parlamentarischen Staatssekretärs Altmaier anlässlich des Starts des ersten gemeinsamen Studienmoduls für europäische Grenzpolizisten an der Bundespolizeiakademie in Lübeck
- 12.–13. März 2007** Informelles Treffen der EU-Sportminister in Stuttgart
- 25. März 2007** Zentrales Bürgerfest anlässlich der Feier zu 50 Jahren Römische Verträge in Berlin
- 27. März 2007** Feierliche Einweihung des neuen FRONTEX-Gebäudes in Warschau durch Minister Dr. Schäuble und den Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Frattini
- 4. April 2007** Treffen der Innenminister EU-USA-RUS in Berlin
- 4.–5. April 2007** Treffen der Justiz- und Innenminister EU-USA in Berlin
- 16. April 2007** Teilnahme von Minister Dr. Schäuble an dem gemeinsamen internationalen Symposium der Bundespolizei und FRONTEX in Boppard zu „Perspektiven der europäischen grenzpolizeilichen Zusammenarbeit“
- 19.–20. April 2007** Rat der Justiz- und Innenminister in Luxemburg
- 23.–24. April 2007** Treffen der Justiz- und Innenminister EU-RUS in Moskau
- 27. April 2007** Teilnahme von Staatssekretär Dr. Hanning an einer gemeinsamen Vorführung der GSG 9 der Bundespolizei und europäischer Spezialeinheiten in Sankt Augustin
- 5. Mai 2007** Eröffnung des Workshops „Duale Karriere – Vereinbarkeit von Spitzensport, Ausbildung und Beruf“ in Stuttgart durch Minister Dr. Schäuble
- 8. Mai 2007** Freigabe des Informationsportals „check the web“ durch den Parlamentarischen Staatssekretär Altmaier anlässlich der Sitzung des Europol-Verwaltungsrats in Hamburg

- 9. Mai 2007** Besuch der multilateralen Einsatzmaßnahme der Bundespolizei und des polnischen Grenzschutzes zur Bekämpfung illegaler Einreisen auf dem Landweg durch Staatssekretär Dr. Hanning in Frankfurt/Oder
- 10.–11. Mai 2007** Informelles Treffen der EU-Integrationsminister in Potsdam
- 14. Mai 2007** Minister Dr. Schäuble zusammen mit Minister Chertoff (USA) im Innenausschuss (LIBE-Ausschuss) des Europäischen Parlaments in Brüssel
- 20.–21. Mai 2007** Erste Sitzung der hochrangigen Ministergruppe zur Zukunft der europäischen Innenpolitik ab 2010 in Eltville
- 4.–5. Juni 2007** Eröffnung der Konferenz zur IT-Sicherheit in Berlin durch Minister Dr. Schäuble
- 11. Juni 2007** Treffen der Justiz- und Innenminister EU-Ukraine in Luxemburg
- 12.–13. Juni 2007** Rat der Justiz- und Innenminister in Luxemburg
- 18. Juni 2007** Besuch einer multilateralen Einsatzmaßnahme der Bundespolizei im Bahnverkehr durch Staatssekretär Dr. Hanning in München
- 20. Juni 2007** Vorstellung der EU-Ratspräsidentschaftsbilanz des BMI im Innenausschuss des Deutschen Bundestages durch Minister Dr. Schäuble
- 21.–22. Juni 2007** Informelles EU-Ministertreffen Öffentlicher Dienst in Berlin
- 25. Juni 2007** Zweite Sitzung der hochrangigen Ministergruppe zur Zukunft der europäischen Innenpolitik ab 2010 in Brüssel
- 26. Juni 2007** Vorstellung der EU-Ratspräsidentschaftsbilanz des BMI durch Minister Dr. Schäuble zusammen mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Frattini im Innenausschuss des Europäischen Parlaments in Brüssel
- 27. Juni 2007** Eröffnung der „EU-Sprechstunde“ für Vereine und Verbände des Deutschen Olympischen Sportbundes in Frankfurt/Main durch den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Bergner
- 28. Juni 2007** Teilnahme des Parlamentarischen Staatssekretärs Altmaier an der Expertentagung der BSRBCC (Kooperation der Grenzpolizeien im Bereich der Ostsee) und einer maritimen Übung der Bundespolizei in Rostock
- 29. Juni 2007** Vorstellung der EU-Ratspräsidentschaftsbilanz des BMI durch Minister Dr. Schäuble in der Bundespressekonferenz in Berlin





# Living Europe Safely

Achieving results for European home affairs policy  
The German EU Presidency in the first half of 2007



## Foreword by the Federal Minister of the Interior, Dr Wolfgang Schäuble

Dear Reader,

I am pleased to present the results of the work programme of the Federal Ministry of the Interior for the German EU Presidency in the first half of 2007.

Expanding the area of freedom, security and justice was one priority of the Federal Government's work programme. The leitmotif of the Federal Ministry of the Interior during the German EU Presidency was "living Europe safely".

Though no one in the history of Europe has ever enjoyed as much freedom and security as we do now at the start of the 21st century, it would be a serious mistake to take our hard-won prosperity, peace and stability for granted: Terrorism, organized crime and illegal migration threaten our security. And in a globally networked world, distant conflicts can have a direct impact on us.

Surveys show that citizens expect Europe to deliver a joint and decisive response precisely in the area of freedom and internal security.

In choosing our leitmotif, we consciously placed the interests of Europe's citizens at the centre of European home affairs policy. Europeans must have the sense that the EU is acting together on behalf of their security and freedoms, and that Europe provides real and tangible added value.

This requires policy which is consistent and coherent. This is why I also found it so important during our Presidency to make effective use of existing instruments and expand them as needed rather than constantly developing new initiatives. The key is to strengthen and consolidate practical cooperation. I believe we have succeeded in this effort. And, in the spirit of our leitmotif, we were able to help make sure that

we can all “live Europe” more safely today and in the future. The central purpose of this booklet is therefore to present the specific advantages our Presidency will bring to the people of Europe.

Ours was the first in the history of the European Union to be part of a close collaboration between three successive Council presidencies. This is another way to ensure a high level of consistency. We coordinated our work programme with the next two presidencies, those of Portugal and Slovenia, in a joint 18-month programme. Portugal and Slovenia will thus carry on with the efforts begun under our Presidency.

Holding the EU Presidency is both a special privilege and a special challenge for each Member State. I would therefore like to close by thanking all those in the Member States, the European Commission, the Council Secretariat and the European Parliament, and especially all the staff of the Federal Ministry of the Interior and its subordinate agencies who helped make our Presidency a success.

You can find more information about our Presidency on the Federal Ministry of the Interior websites ([www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) and [www.eu2007.bmi.bund.de](http://www.eu2007.bmi.bund.de)).

Thank you for your interest.

Yours sincerely,



Dr Wolfgang Schäuble  
Federal Minister of the Interior, MP

# Contents

<b>Foreword by the Federal Minister of the Interior</b>	<b>50</b>
---	-----------

<b>Combating international terrorism and cross-border crime</b>	<b>54</b>
---	-----------

Creating a pan-European network of police databases for more effective crime control	55
Building up Europol	56
Combating terrorist use of the Internet	58
Initiating an exchange of information on terrorist abductions	59
Connecting new Member States to the Schengen Information System	59
Creating a warning and reporting network for expelling terrorist suspects	61
Strengthening data protection in Europe	62
Enhancing disaster management and civil protection	64

<b>Combating illegal migration, working together to manage legal migration</b>	<b>66</b>
--	-----------

A global approach to migration: Expanding cooperation on illegal migration with countries of origin and transit	66
Greater protection for the EU's external borders in the fight against illegal migration	67
Preventing visa fraud	69
Improving returns	70
Managing legal immigration	73

<b>Promoting integration and intercultural dialogue</b>	<b>74</b>
---	-----------

**Shaping the dimension of external relations** **76**

**The future of European home affairs policy** **78**

**Additional issues for the German Presidency** **80**

The European Union and sport 80

Strengthening administrative cooperation 81

Creating a secure space for electronic communications 82

**Informal meetings of EU ministers during the German EU Presidency** **84**

Informal Meeting of EU Justice and Home Affairs Ministers in Dresden 84

Informal Meeting of EU Ministers Responsible for Sport in Stuttgart 85

Informal Meeting of EU Integration Ministers in Potsdam 85

Informal Meeting of EU Ministers Responsible for the Public Service and Public Administration in Berlin 85

**Presidency scoreboard** **86**

Progress on individual projects 86

Events 90



Joint German-French border check.

## Combating international terrorism and cross-border crime

At the start of the 21st century, we can travel in Europe largely without having to show our passports, and we can live and work in almost all other EU Member States. For most Europeans, this is the most visible achievement of European integration next to the introduction of the euro and the single market. But freedoms can also be abused. In the interest of Europe's citizens, we must therefore make sure that terrorists, human smugglers and criminals cannot take advantage of open borders. To do this, we in Europe must work closely together. Our law enforcement and security agencies must share their information with each other. To that end, we need a European information network which links the national databases and provides access for Europol and the Member States' security authorities to our joint databases, such as the Schengen Information System and the Visa Information System. Our most pressing task is safeguarding freedom and security. During our Presidency, we were able to make significant progress towards these goals.

## Creating a pan-European network of police databases for more effective crime control

Ending checks at Europe's internal borders must not enable criminals to flee to another Member State and thereby avoid detection. One of the most important goals of our Presidency was therefore to transpose the key provisions of the Prüm Treaty (Treaty on stepping up cross-border cooperation, particularly in combating terrorism, cross-border crime and illegal migration signed on 27 May 2005 in the town of Prüm/Germany by Belgium, Germany, France, Luxembourg, Netherlands, Austria and Spain) into the EU's legal framework.

Specifically, this means:

- In future, all 27 Member States will benefit from the considerable value added by the Treaty. For example, all Member States will allow each other automated access to their DNA, fingerprint and vehicle registry databases. This will provide the foundation for an up-to-date police information network which will make it possible to take effective, Europe-wide action against criminals.
- Just in the first few months since Austria, Germany, Spain and Luxembourg began checking each other's databases, already more than 3,700 matches have been found, providing new investigative leads. In numerous homicide cases, investigations have led to arrests. For example, a cross-border DNA check revealed that two suspects arrested in Austria on charges of breaking and entering had also committed a double homicide in Spain. And a database check led to the identification of a suspect in two rape cases who has since been arrested.
- The treaty also enables the rapid exchange of information on terrorist suspects and travelling violent offenders such as hooligans. This will allow the authorities to prevent crowd violence at football matches, for instance, and quickly identify and detain known troublemakers.
- Transposing the Prüm Treaty into the EU's legal framework will also greatly increase operational police cooperation in Europe. For example, the treaty provides for various types of joint operations. German and French, Austrian or Polish police officers will be able to patrol jointly in border areas.



- And Member States' police units responsible for maintaining public order can assist each other as needed. For example, German police officers will be able to provide local support to their Austrian counterparts during the European football championships in Austria next year. In doing so, they will also have executive powers in the host country. It will thus be possible to deploy police officers to other Member States rapidly and flexibly, not only making more efficient use of resources, but also enabling the people of Europe to travel in greater safety, particularly in connection with major international events.
- It should also be noted that the treaty's extensive data protection provisions which comply with the latest high standards of data protection will be incorporated into EU legislation.
- In sum, transposing the Prüm Treaty into EU law will take police cooperation in Europe to an entirely new level.

## **Building up Europol**

In order to take effective action against terrorist threats, global organized crime networks such as those involved in drugs and weapons trafficking, serious transnational crime, and attacks on our currency through euro counterfeiting, we must work together. This is why our Presidency set the goal of building up and further strengthening Europol.

The first major step in this direction was the entry into force of the amending protocols to the Europol Convention. At the second meeting of the Council of Justice and Home Affairs Ministers under the German Presidency, held in Luxembourg on 20 April, Federal Interior Minister Wolfgang Schäuble was able to formally present Europol's director with the three amending protocols to the Europol Convention, which were ratified by all the Member States and entered into force in March and

April of this year. Thanks to these protocols, Europol will be able to adapt to the demands of modern crime control and become significantly more efficient. The protocols usher in a new operational phase for Europol:

- For example, Europol staff are now able to take part in joint investigation teams of the Member States, allowing Europol to assist the Member States, for example in fighting terrorism, drugs crime and euro counterfeiting, more effectively than before. Europol staff can supply information from current Europol analysis files directly to their joint investigative team. And the joint investigative teams can also forward their latest findings to Europol for further processing. Moreover, Europol is now able to request individual Member States to initiate investigations.
- Other responsible authorities (e.g. public prosecutors' offices, customs authorities, federal police forces) in the Member States, in addition to the national Central Units, may now be granted direct access to the Europol information system, significantly speeding up information-sharing with Europol and allowing police alerts and notices to be acted on immediately.
- Lastly, Europol can now assign experts from third countries to work directly in analysis groups set up by the Member States at Europol. This is especially important for counter-terrorism cooperation with the United States, for example.

Europol headquarters in The Hague.



The second major step in building up Europol was converting the Europol Convention, which is currently valid only among the Member States, into EU legislation. Doing so will allow further operational improvements and reduce administrative effort.

- For example, Europol's mandate will be extended to cover all forms of serious cross-border crime including cross-border cases of child pornography, rings specializing in car theft, and crimes committed by hooligans travelling in Europe.
- Starting in 2010, Europol's budget is to be paid for from the EC budget and Europol staff will gain the status of EC employees. This will do away with the need for special regulations and will reduce bureaucracy.

## **Combating terrorist use of the Internet**

Terrorists abuse the many possibilities offered by the Internet for their own ends. They use the Internet to communicate with each other, to spread their ideology, recruit and train new followers and share precise directions for building bombs. In view of the wide variety of such websites, the Member States must pool their information in order to enhance knowledge, share resources and avoid duplicating efforts. Here we were able to achieve the following:

- The German initiative "check the web", which aims at strengthening cooperation and sharing the task of monitoring and analysing Internet content and activity in order to combat international terrorism, was successfully launched.
- An Internet portal run by Europol, where the Member States can share information, was launched on 8 May 2007. This portal gives a major boost to cooperation among the Member States by offering a platform where the Member States can make their findings available to each other, thereby pooling information for the entire EU. This provides the groundwork for a division of labour among the Member States.
- Moreover, the first expert meetings have already been held. These meetings offer an opportunity to share experience regarding the analysis of relevant websites and technical issues of Internet monitoring and surveillance, as well as targeted coordination of specific cooperation projects.

## Initiating an exchange of information on terrorist abductions

Abductions by groups/individuals belonging to the spectrum of international terrorism pose a huge challenge to Member States. Terrorists have already kidnapped numerous EU citizens to gain attention for their political demands, demonstrate how dangerous they are or extort ransom money, and several Member States already have experience with such situations. To be able to draw on this valuable experience for possible future incidents, the German Presidency has paved the way for an EU-level exchange of information on terrorist abductions:

- In future, the Member States will share key information with each other about past abductions. In case of a kidnapping this will make it possible to quickly identify whether another Member State already has experience with kidnappings of EU citizens in the same region, by the same terrorist group or under similar circumstances.
- Being able to draw on the existing experience of partner countries will significantly enhance the concerned Member State's options for action.

## Connecting new Member States to the Schengen Information System

Another aim of our Presidency was to move ahead with connecting the new Member States to the joint Schengen system for police alerts. Here we were able to emphasize the following points:

- Connecting the new Member States which entered the EU on 1 May 2004 (Estonia, Latvia, Lithuania, Poland, the Czech Republic, Slovakia, Hungary, Slovenia and Malta; Cyprus is not yet taking part) to the joint police information system is proceeding on schedule. This means that starting next year, for example, all vehicles stolen in Germany will be listed in notifications of stolen property in almost all the Member States. This will make it more difficult for gangs of car thieves to operate in Europe.

- In addition, the alert system contains a record of all those persons who are not permitted to enter the EU. This will prevent dangerous criminals and persons suspected of terrorist activity from entering Europe well before they approach Germany's borders.
- Missing or helpless persons can also be included in the joint system of Europe-wide notification. This is a major aid for our German police when investigating abductions.
- Connecting the new Member States to the joint alert system and establishing effective police forces and border management in the new Member States satisfies the conditions necessary to end internal border controls among these and the remaining Member States in 2008. We will then be able to travel to almost every EU Member State without having to go through time-consuming border checks. Starting in 2008, our borders will have moved to the external boundaries of the EU, where they will be managed in line with the highest security standards.

Checking passports at the airport.





Joint border check.

- But the Schengen Information System is to be improved even further. For example, starting in 2008, not only will it extend to the new Member States, but its functions will also be significantly expanded. From late 2008, the second-generation Schengen alert system will enable all European police forces to directly share and check fingerprints and photos of criminal offenders.

## **Creating a warning and reporting network for expelling terrorist suspects**

When persons suspected of terrorist activity are expelled from one Member State, it is important that all the other Member States are informed immediately.

- During our Presidency, we were able to get the Member States to agree to set up an information mechanism to notify each other immediately about any third-country nationals expelled in connection with terrorist activity or incitement to discrimination, hate or violence.

- This is especially relevant when a Member State issues an expulsion order for a person who cannot be deported immediately to his/her country of origin, for example due to ongoing court proceedings. The information exchange agreed will ensure that every Member State receiving such information will be able to take the necessary security measures.
- In addition to the planned warning system, the Schengen Information System makes it possible to post Europe-wide alerts on third-country nationals who are to be refused entry to the EU. The new warning mechanism will cover those cases in which it is not possible to post such alerts.

## **Strengthening data protection in Europe**

There can be no freedom without security. This also applies to the security of our data against misuse.

- Just as we made progress on cooperation among the European law enforcement authorities and connecting their databases to combat terrorism and other serious crime during our Presidency, we also took steps to ensure that the data collected and stored for this purpose comply with the latest data protection requirements and that the privacy rights of European citizens are protected.

■ For example, when linking or setting up databases, we have not only applied subject-specific data protection rules, but were also able to make considerable progress on the Council Framework Decision on data protection in the field of overall law enforcement and judicial cooperation in Europe. The Framework Decision can thus be adopted before the year is out. The decision contains important principles and rules that apply to cross-border sharing of data processed in the framework of police and judicial cooperation between Member States. It will guarantee a high and consistent level of data protection for personal data exchanged among the Member States and with the European agencies Europol and Eurojust.

From left: Parliamentary State Secretary Altmaier, Federal Interior Minister Schäuble and Committee Chairman Cavada at a meeting of the European Parliament Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs.





## Enhancing disaster management and civil protection

As a security community, the EU must be able to assist disaster victims within and beyond Europe quickly and without unnecessary bureaucracy. To make sure this works better in future, during our Presidency:

- we helped enhance the analysis and coordination capability of the EU's Monitoring and Information Centre in Brussels. This is important, as it allows the Member States to better coordinate their assistance. Help can now be targeted and sent quickly to where it is needed most. This is especially important in the case of major natural disasters like the tsunami in South-East Asia in December 2004. But we also face the threat of flooding and wildfires in Europe and will be able to benefit from a more effective joint Monitoring and Information Centre.
- To be consistently able to provide rapid assistance, the Member States need to package their possible aid offerings. We were able to make major progress in this area. For example, in future the Member States will be able to offer special aid packages, for example to fight wildfires (specialized teams equipped with helicopters and fixed-wing aircraft capable of transporting water), mitigate flooding (units to build dams or to pump out flooded basements) and help in case of natural disasters such as earthquakes or tsunamis (search and rescue teams, water purification teams with the necessary vehicles and equipment, etc.).

The Federal Agency for Technical Relief at work.



- So that Member States which provide assistance to third countries on behalf of the EU can also receive financial support from the Community for doing so, we created the financial basis so that up to 50 percent of the transport costs for aid operations, such as transporting emergency power generators or search and rescue teams and their equipment, will be reimbursed from the EU budget.
- And lastly, we were also able to use joint exercises to promote Member State cooperation and experience-sharing on how to deal with chemical accidents. Due to the need for decontamination, such threats place special demands on emergency personnel and can easily develop into major disasters with cross-border impacts.



Legal immigration: German and Kenyan biologists working together in Thuringia.

## Combating illegal migration, managing legal migration

### **A global approach to migration: Expanding cooperation on illegal migration with countries of origin and transit**

We have a realistic chance of containing illegal migration only if the countries of origin and transit take effective action against illegal migration and cooperate with us on issues of return. But flexibility and support are also required of the EU. If we train third-country nationals and offer them possibilities for advancement here on a temporary basis, help them to re-integrate in their countries of origin and give these countries local assistance in building their own systems of border management and migration, we can establish successful cooperation between the EU and the countries of origin and transit. Our Presidency was able to contribute to this effort.

- For example, at our initiative key steps towards reorienting the European policy on migration were taken. The EU is seeking to form partnerships on migration and development with selected third countries. These partnerships will concentrate on establishing effective administrative structures in the third countries, on readmission agreements, possibilities for temporary, circular migration and mutual visa facilitation, as well as lower remittance fees for migrants sending money home.

- Further, future EU cooperation on migration and security issues will focus not only on Africa and the Mediterranean region, but also in particular on the EU's neighbours to the east and south-east, because a significant proportion of illegal migrants enters Europe, and Germany in particular, via eastern and south-eastern smuggling routes.
- During our Presidency, the first EU missions involving exploratory talks concerning improved cooperation on migration issues travelled to Cape Verde, Ghana and Mauritania in May and June, with the aim of intensifying the dialogue with countries of origin and transit.

## Greater protection for the EU's external borders in the fight against illegal migration

One of the major achievements of European integration is the ability to move and travel freely throughout most of the European Union and its Schengen partners (Norway, Iceland and soon Switzerland). But in order to prevent terrorists, smuggling rings and criminals from taking advantage of this freedom, checks at our common external borders must be that much more thorough and effective. This is

Federal Police helicopter.



why one strategic goal of our Presidency was further strengthening the European border management agency FRONTEX, which is responsible for supporting and coordinating joint measures at the external borders taken by the Member States.

- We succeeded in significantly expanding the agency's possibilities for action by adopting the Regulation establishing a mechanism for the creation of Rapid Border Intervention Teams. For example, in future FRONTEX will be able to provide expert border police teams to help every Member State facing acute pressure from an increased volume of illegal migration.
- To this end, FRONTEX will set up pools of up to 600 Member State border police officers available for assignment at short notice. The Regulation also provides for executive powers for all officers on joint operations under the aegis of FRONTEX, for example officers of Germany's Federal Police on assignment in Italy will have the authority to intervene and thus provide effective support to host country officers.
- Further, FRONTEX has set up a centralized record of technical equipment – aircraft, helicopters, ships and surveillance equipment – which the Member States are willing to provide at short notice for temporary use. So far, the Member States have volunteered more than 20 aircraft, nearly 30 helicopters and well over 100 ships, as well as a large quantity of additional technical equipment. Not only does this conserve resources, it also makes sure that sufficient technical equipment is available at all times to deal with urgent situations in our joint fight against illegal migration.
- Already in May, a joint patrol network in the Mediterranean was set up under FRONTEX coordination, with participation from Member States' border police agencies. Since then, the Member States concerned have coordinated their patrols and are able to protect the EU's external sea borders in the Mediterranean much more effectively. This will help prevent migrants from risking their lives on dangerous sea crossings from Africa to Europe.

In this way, during our Presidency we were able to significantly strengthen protection for our common external borders in the fight against illegal migration and smuggling rings. Only well-protected external borders guarantee freedom and security within Europe and make it possible to continue to move and travel freely without time-consuming border checks.

## Preventing visa fraud

The EU Visa Information System (VIS), initiated at Germany's suggestion, is an important example of how intelligent and flexible solutions can deliver a significant advantage over those who would threaten our security and those who violate European visa policy by abusing possibilities for entry. The VIS is a joint European database in which personal data of visa applicants are recorded, including biometric features and information on visas issued and revoked and visa applications denied by the responsible authorities (in particular visa, border and immigration authorities).

- We were able to bring the consultations on the VIS Regulation, which started in early 2005, to a successful conclusion; the resulting political consensus between the Council and the European Parliament on this legislation lays the necessary groundwork for the further expansion and launch of the VIS.
- In future, Member States' diplomatic missions abroad will be able to check every visa application to see whether the third-country applicant has already applied at other diplomatic missions and whether these applications were rejected (preventing "visa shopping").

Application for Schengen Visa.



- The system will use biometric data to accurately identify persons prohibited from entering the European Union. This will also make it possible to identify people submitting visa applications under different names, in which case no visa will be issued.
- The VIS will simplify checks at the external borders and within the EU, as fingerprints will be checked to see whether the third-country national bearing the visa is the same person to whom the visa was originally issued. This will prevent illegal entry.
- The VIS will help identify persons who have been ordered to leave the country.
- It will make it easier to determine which Member State is responsible for processing asylum applications.
- The European law enforcement and security authorities, including Europol, can access VIS data for purposes of preventing, detecting and investigating terrorist acts and other serious criminal offences. Giving the security authorities this new possibility to search the VIS will decisively aid in protecting against the threat of international terrorism and organized crime above all. Along with transposing the Prüm Treaty into the EU's legal framework, this is another important advance our Presidency was able to bring about on the way to achieving a European information network.

## Improving returns

Returning third-country nationals who are obligated to leave the country is a key element in fighting illegal migration and makes it clear that the EU will not tolerate illegal migration. To do so, the EU needs to work closely with illegal migrants' countries of origin and transit.

- During the German Presidency, progress was made on consultations concerning the Commission's proposal for a directive on common standards and procedures in Member States for returning illegally staying third-country nationals. The proposal is intended to ensure that the Member States follow standard procedures as far as possible when returning third-country nationals.
- Cooperation with countries of origin and transit was strengthened by concluding negotiations on readmission agreements between the Community and third countries. Negotiations with Serbia, Montenegro, the former Yugoslav Republic of Macedonia, Bosnia-Herzegovina, Moldova and Ukraine were completed during the German Presidency. The agreement with Russia entered into force on 1 June 2007.
- Assessment of the process and results of negotiations on readmission agreements between the Community and third countries since 2000 will inform future negotiations.
- There was also agreement to further improve cooperation between the Member States, the Commission and FRONTEX in the area of returns.
- During the German Presidency, two joint return operations to Cameroon, Ghana and Togo were carried out in February and April as part of an EU project. The Czech Republic, France, Germany, Italy, Luxembourg, the Netherlands, Poland, Spain and Switzerland all took part in the operations.





The European Union's external borders.

## Managing legal immigration

In order to manage legal immigration effectively, the European Union is called on to draft common criteria while respecting different national circumstances. The German Presidency made progress on this effort.

- Regarding the issue of deriving residence rights of third-country nationals from cooperation and association agreements between the EU and third countries, guidelines for future action were developed at Germany's initiative. These guidelines are to be applied when giving the Commission a mandate for negotiation and when negotiating and concluding such agreements in future; the guidelines are intended to provide clarification concerning rights conferred by such agreements with relevance for entry and residence.
- The mechanism with which Member States are to inform each other about measures they have taken in the field of asylum and immigration went into operation in March 2007. This mechanism was set up in accordance with a Council Decision of 5 October 2006. Its aim is to ensure that the Member States inform each other as soon as possible about important national measures in the field of asylum and immigration policy which are likely to have an impact on the other Member States.
- Reliable and comparable data on the type and extent of migratory movements in the Member States are crucial for the EU institutions and Member States to be able to develop effective policy instruments in the fields of international migration and international protection and to combat illegal entry and residence. To this end, the Regulation on Community statistics on migration and international protection was adopted during the German Presidency. This regulation creates a legal framework at Community level allowing the necessary data to be collected.



Integration at school: Cooking together in Hamburg.

## Promoting integration and intercultural dialogue

Migration and integration have become an everyday experience in our globalized world. We will continue to face the phenomenon of constant and growing migration movements and related issues for the long term. If migration is not to threaten tolerance within our society and the stability of our liberal order, then we must successfully integrate these immigrants. All the countries of the European Union face similar problems. One of the central goals of our Presidency was therefore to work at European level towards establishing an exchange of information and experience on integration and intercultural dialogue.

- On the one hand, society must be willing to accept immigrants and help them recognize and independently develop their skills and abilities. On the other hand, foreigners who plan to live in Europe long-term or permanently must make an effort to become integrated. Above all, they must learn the language of the receiving society and respect its basic values.

- Many Member States are threatened by a trend towards radicalization. Intercultural dialogue can play an important role in promoting social cohesiveness and can encourage religious and socio-political integration among immigrants from various backgrounds, cultures and religious traditions. Intercultural dialogue also helps counteract racism and extremism and plays a major role in preventing radicalization.
- During our Presidency, we were able to see to it that the Member States' National Contact Points on Integration were given a broad mandate which also does justice to the challenge of integrating second- and third-generation immigrants. This will ensure improved, continuous and lasting cooperation at EU level and between the Member States on integration.
- In the field of intercultural dialogue, an exchange of information and experience has been set up at European level for the first time, at the initiative of the German Presidency. Germany will host the first two expert meetings with participants from interested Member States. Based on the meeting results, structures are to be created to allow rapid coordination at short notice on urgent problems.
- At the invitation of Federal Minister Schäuble, on 20 June the German Presidency hosted a meeting in Berlin with representatives of Europe's major churches and religious communities.



Trilateral meeting of ministers from the EU, USA and Russian Federation in Berlin. First row, from left: Chertoff (USA), Dr Schäuble (D), Ivanov (RUS); second row, from left: Nurgaliyev (RUS), Frattini (European Commission Vice-President), Bizjak (EU Director-General) and Wainstein (USA).

## Shaping the dimension of external relations

Terrorist attacks in New York, Madrid and London have shown that the boundaries between internal and external security are becoming increasingly blurred. The threats we face often have roots outside the European Union. This is why the EU works with many third countries also on justice and home affairs issues, in order to safeguard the security of its citizens.

- In this regard, we were able to bring together the Community's two strategically significant partners on issues of internal security and counter-terrorism at the first trilateral conference between the EU, USA and Russia. At this conference, we discussed counter-terrorism, border protection and ways to fight the trafficking of drugs from Afghanistan. We agreed to establish a trilateral expert group to further deepen cooperation on counter-terrorism between the three partners.

- At a meeting between the EU and USA, we were able to make progress regarding cooperation on data protection and unrestricted travel: We would like all EU citizens to be able to enter the USA without needing a visa, and we would like the USA to comply with our standards of data protection.
- At a meeting between the EU and Russia, we worked hard on further enhancing the common space of freedom, security and justice agreed between the EU and Russia. For example, we agreed to start a dialogue on visa issues, which will also help Russia bring its security standards for data protection and the introduction of biometric features into line with those of the EU.
- The EU also met with Ukraine, one of the Community's nearest and most important neighbours. We discussed progress made in cooperation on border management, migration and asylum and in the fight against organized crime. At the meeting, a working agreement between the European border management agency FRONTEX and the Ukrainian border guard service was signed.
- Together with the European Commission representing the Community, we began negotiations on an extended partnership and cooperation agreement with Ukraine. This agreement is intended to take into account the good progress on cooperation between the EU and Ukraine in recent years and will provide the legal foundation for even closer cooperation in the future.



At the Future Group meeting in Eltville: from left, European Commission Vice-President Franco Frattini, Federal Interior Minister Wolfgang Schäuble, Parliamentary State Secretary Peter Altmaier.

## The future of European home affairs policy

It is important to start thinking well in advance about the future of European home affairs policy.

- At the initiative of Federal Interior Minister Wolfgang Schäuble, the EU home affairs ministers agreed to establish an informal high-level advisory group on the future of European home affairs policy from 2010 (Future Group; the goals of the common EU home affairs policy through the end of 2009 are defined in the Hague Programme).
- This will give us a head start on thinking about strategies for European home affairs policy to 2015.

- The home affairs ministers of the current and upcoming trio presidencies (Germany, Portugal, Slovenia, France, the Czech Republic and Sweden), one representative of the next trio presidency (at the moment, Spain), Vice-President Franco Frattini and the chairman of the European Parliament committee responsible for home affairs policy took part in the group's discussions. The group's composition ensures that the interests of all different Member States – large and small, northern and southern, new and old – are adequately represented. At the same time, the group is small enough to be able to discuss effectively and develop specific ideas for the future of European home affairs policy in order to further strengthen freedom and security.
- The new group has already held its first two meetings under our Presidency. At the meetings, Vice-President Frattini and the ministers discussed options for the future of the European border management agency FRONTEX, of joint Schengen border and visa management and of border police cooperation with third countries, as well as the growing overlap between internal and external security.
- The group will present a comprehensive report in autumn 2008, in time for the start of formal negotiations on the post-Hague Programme on the future of home affairs policy in the EU.







The illegal doping agent EPO.

## Additional issues for the German Presidency

### The European Union and sport

With numerous events and projects during our Presidency, we were able to further emphasize the role and importance of sport in all its diversity for our society:

- In order to further intensify anti-doping efforts also at European level, the ministers agreed to support cooperation among the national anti-doping organizations by creating a communications network.
- In the field of sport and economics, we advanced efforts to establish a sport satellite account at European level together with the European Commission. A satellite account makes it possible to calculate the economic impact of sport, for example what proportion of GDP it makes up and how many jobs it provides.
- In order to deal with violence in sport, the EU sport ministers agreed to make progress on the model of cross-border police operations.
- In the field of sport and integration, during our Presidency we were also able to draw attention at EU level in particular to the socially integrative potential of sport clubs.

- The challenge of balancing education, training and occupation with a career as an elite athlete was the focus of a workshop held in Stuttgart on 5–6 May 2007. The workshop examined the problems and possible ways to reconcile athletic and occupational careers.
- Further, the German Presidency provided substantial assistance to the European Commission's work on the White Paper on Sport, which is to be adopted by the Commission in July 2007.

## Strengthening administrative cooperation

European cooperation within the European Public Administration Network (EUPAN) helps public administrations in the individual states improve by sharing information and experience on best practices.

- During the German Presidency, key issues were strategic management in public administration to deal with the challenge of demographic change. We achieved consensus that the demands of demographic development on the public service should be the overarching priority of future cooperation within EUPAN.
- We also examined how public administrations can help train and promote candidates from all ethnic groups, thereby improving equal opportunity in the public service.
- We were able to intensify social dialogue among the central administrations at European level. In future, there will be firm structures and defined procedures for cooperation between the public employers assembled within EUPAN and the European trade union delegation TUNED.
- A study of performance appraisal in the Member States' public services was completed, assessed and discussed during the German Presidency.
- We also drafted and adopted joint guidelines ensuring the quality of public services (citizens charters). Public satisfaction and client-oriented public administration play a central role here.



Secure data transmission.

## **Creating a secure space for electronic communications**

It is impossible to imagine modern life without the Internet, e-mail or mobile telephones. They help make information available anywhere, anytime. The European economy depends on the secure transmission of such information. And for public administrations to work together, in Germany and the rest of Europe, electronic communications must be compatible with each other and must meet the highest security standards.

- The conference “Advancing eGovernment 2007” held in Berlin in March identified urgent tasks for public administrations in order to create a shared space of electronic communications among Member States’ public administrations: interoperability, i.e. the ability of different systems to work together; electronic identity management enabling secure authentication on the Internet; standardization and open document exchange formats; and client-oriented eGovernment. In the dialogue between public administration and its individual and business clients, the necessary conditions must be created in order to orient electronic services on client needs.
- At the IT security conference “Innovation and Responsibility” held in Berlin in early June, about 250 experts from administration, academia and the political sphere discussed the question of responsibility for protecting and securing data and IT infrastructures in the EU. Only secure and trustworthy IT products and systems will gain the acceptance of individual and business clients that is needed to offer and take advantage of cross-border services. IT security is therefore a task for society as a whole, and everyone – government, the private sector and individuals – must play an active role.
- This is why we plan to push for European standards in future, in particular for online user authentication. Doing so will promote cross-border eGovernment and combat identity theft on the Internet.



At the Informal Meeting of EU Justice and Home Affairs Ministers in Dresden.

## Informal meetings of EU ministers during the German EU Presidency

### Informal Meeting of EU Justice and Home Affairs Ministers in Dresden

Germany's EU Presidency opened with the Informal Meeting of EU Ministers of Justice and Home Affairs in Dresden from 14 to 16 January 2007. Sixty-five ministers and about 300 delegation members travelled to Dresden for the meeting.

Starting with the Informal Meeting of Justice and Home Affairs Ministers in Dresden, the German Presidency was able to launch key policy initiatives, such as linking databases used for police investigations, increasing cooperation with illegal migrants' countries of transit and origin, further expanding the European border management agency FRONTEX, and establishing a high-ranking advisory group on the future of European home affairs policy starting in 2010. Getting off to a good start in this way doubtless helped the Federal Ministry of the Interior's ambitious programme for the German Presidency to be implemented successfully over the next six months.

## **Informal Meeting of EU Ministers Responsible for Sport in Stuttgart**

At the invitation of Federal Interior Minister Wolfgang Schäuble, ministers and delegations from 26 EU Member States on 12 and 13 March took part in the meeting in Stuttgart. Ján Figel', the EU Commissioner responsible for education, training, culture and youth, also attended the meeting. The agenda focused on the issues of sport and economics, sport and violence, integration and sport, and the fight against doping. The meeting began with a look back at the football World Cup in 2006. Guest speaker Franz Beckenbauer, head of the World Cup Organizing Committee, described the World Cup campaign, "A Time to Make Friends".

## **Informal Meeting of EU Integration Ministers in Potsdam**

At the invitation of Federal Minister Schäuble, the EU ministers responsible for integration met in Potsdam on 10 and 11 May. The conference concentrated on deepening European cooperation and the exchange of experience within the EU on integration policy issues and promoting intercultural dialogue.

## **Informal Meeting of EU Ministers Responsible for the Public Service and Public Administration in Berlin**

At the invitation of Federal Minister Schäuble, the EU ministers responsible for the public service and public administration met in Berlin on 21–22 June. The ministers discussed the impact of demographic change on the public service and public administration and how to deal with it. The ministers adopted a resolution focusing on expanding the social dialogue within the European public administration network EUPAN and on policy guidelines for the 2008–2009 Mid-Term Programme.



*Europa gelingt gemeinsam.*

## Presidency scoreboard

### Progress made on individual projects

#### Combating international terrorism and cross-border crime

Presidency goal	Result
Transposing the key provisions of the Prüm Treaty into the EU's legal framework	political agreement ✓
Converting the Europol Convention into a Council Decision	political agreement ✓
"Check the web" project to increase cooperation in monitoring and analysing terrorist use of the Internet	launched ✓
Information-sharing on third-country nationals expelled for security reasons	set up ✓
Connecting the new Member States to the Schengen Information System (SISone4all), ending checks at the internal borders with the new Member States and expanding the new Schengen system to include new security functions (SIS II)	progress made and on schedule ✓

Progress on a Council Decision giving the responsible security authorities access to the Visa Information System (VIS) for the purpose of preventing, detecting and investigating terrorist offences and other serious criminal offences	political agreement	✓
Council conclusions concerning access for Member States' police and law enforcement agencies and Europol to Eurodac	adopted	✓
Framework Decision on data protection in the Third Pillar	progress made	✓
Revising the Community civil protection mechanism	political agreement	✓


## Managing migration together

Presidency goal	Result	
Progress on implementing the Visa Information System (VIS)	political agreement	✓
Introducing biometric features into residence titles for third-country nationals	progress made	✓
FRONTEX: Regulation to create rapid border intervention teams	adopted	✓
FRONTEX: Setting up a centralized record of available technical equipment (including aircraft, helicopters, ships)	completed	✓
FRONTEX: Establishing a coastal patrol network in the Mediterranean Sea and around the Canary Islands	completed	✓
Conclusions on options for European border police cooperation between the Member States, FRONTEX, partner states and countries of transit	adopted	✓
Conclusions on improving cooperation between the Member States, the Commission and FRONTEX in the area of returns	adopted	✓








Conclusions on applying the Global Approach to Migration to the EU's eastern and south-eastern neighbours and on mobility partnerships between the EU and third countries	adopted	✓
Assessment of the progress and results of negotiations on readmission agreements between the Community and third countries	completed	✓
Guidelines on deriving residence rights of third-country nationals from cooperation and association agreements	adopted	✓
Directive on common standards and procedures in Member States for returning illegally staying third-country nationals	progress made	✓
Regulation on Community statistics on migration and international protection	adopted	✓
Negotiating EC readmission agreements with additional third countries	completed	✓
Joint return operations by the Member States	completed	✓
Common European Asylum System: Evaluation of Dublin/Eurodac regulations	initiated	✓
Green Paper on the future of the Common European Asylum System	presented	✓
Information-sharing on asylum and immigration policy measures	implemented	✓
Negotiations on a Directive concerning sanctions against employers of illegally staying third-country nationals	initiated	✓
Negotiating EC visa facilitation agreements with additional third countries	completed	✓



## Promoting integration and intercultural dialogue

Presidency goal	Result
Conclusions on strengthening integration policy in the European Union by promoting unity in diversity	adopted 

## The European Union and sport

Presidency goal	Result
Intensive cooperation to prevent sport-related violence (e.g. on the model of cross-border police operations)	progress made 
Establishing a sport satellite account	progress made 
Providing substantial assistance to the European Commission's White Paper on Sport	completed 
Creating a network of national anti-doping organizations in order to enhance communication	progress made 
Identifying better ways to balance top-level sport, education and occupational career ("dual careers")	completed 

## Strengthening administrative cooperation

Presidency goal	Result
Further developing a social dialogue among the central administrations of the Member States	under way 
Facilitating mobility between Member States' public services	progress made 

Comparative study of performance appraisal of public service employees in the EU Member States	completed	✓
Policy paper on customer satisfaction management in the public service	adopted	✓
Guidelines on citizens charters in the EU Member States	adopted	✓
Action plan on introducing the Common Assessment Framework (CAF) in the public administrations of the EU Member States	adopted	✓

## The future of European home affairs policy

Presidency goal	Result
Informal high-level advisory group on the future of European home affairs policy starting in 2010	established ✓

## Events

- 3 January 2007** Presentation of the Federal Ministry of the Interior's EU Presidency Programme at the national press conference in Berlin
- 12 January 2007** Federal Minister Wolfgang Schäuble launches the official EU Presidency website of the Federal Ministry of the Interior
- 14–16 January 2007** Informal Meeting of Justice and Home Affairs Ministers, Dresden
- 22 January 2007** European Project Day in Germany's schools: Federal Minister Schäuble visits Max Eyth School in Stuttgart

- 24 January 2007** Presentation of the Federal Ministry of the Interior’s EU Presidency Programme in the European Parliament Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE)
- 1–2 February 2007** Informal Meeting of EU Directors-General Responsible for Sport, Bonn, opened by Parliamentary State Secretary Christoph Bergner
- 15 February 2007** Justice and Home Affairs Council, Brussels
- 22 February 2007** Parliamentary State Secretary Peter Altmaier attends the FRONTEX management board meeting in Frankfurt (Main) and visits the first border police operation under FRONTEX supervision at European airports to combat illegal entry by air
- 1 March 2007** Federal Minister Schäuble opens the conference “Advancing eGovernment” in Berlin
- 5 March 2007** Parliamentary State Secretary Altmaier presents a guest lecture to launch the first joint study module for European border police officers at the Federal Police Academy in Lübeck
- 12–13 March 2007** Informal Meeting of EU Sport Ministers, Stuttgart
- 25 March 2007** Festival to celebrate the 50th anniversary of the Treaties of Rome, Berlin
- 27 March 2007** Federal Minister Schäuble and European Commission Vice-President Franco Frattini attend the official dedication of the new FRONTEX headquarters in Warsaw
- 4 April 2007** Meeting of home affairs ministers of the EU, USA and RUS in Berlin
- 4–5 April 2007** Meeting of justice and home affairs ministers of the EU and USA in Berlin
- 16 April 2007** Federal Minister Schäuble attends the joint international symposium “Perspectives of European Border Police Cooperation” organized by the Federal Police and FRONTEX, Boppard, Germany
- 19–20 April 2007** Justice and Home Affairs Council, Luxembourg
- 23–23 April 2007** Meeting of justice and home affairs ministers of the EU and RUS in Moscow

- 27 April 2007** State Secretary August Hanning attends a joint presentation by the Federal Police GSG 9 and European special police units in Sankt Augustin, Germany
- 5 May 2007** Federal Minister Schäuble opens the workshop “Dual Careers: Balancing top-level sport, education and occupational careers” in Stuttgart
- 8 May 2007** Parliamentary State Secretary Altmaier launches the “check the web” information portal at the Europol Management Board meeting in Hamburg
- 9 May 2007** State Secretary Hanning visits the multilateral operation by the Federal Police and Polish border guard to combat illegal entry by land, Frankfurt (Oder)
- 10–11 May 2007** Informal Meeting of EU Integration Ministers, Potsdam
- 14 May 2007** Federal Minister Schäuble and US Secretary of Homeland Security Michael Chertoff attend a meeting of the EP Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs in Brussels
- 20–21 May 2007** First meeting of the High-Level Advisory Group on the future of European home affairs policy starting in 2010, Eltville, Germany
- 4–5 June 2007** Federal Minister opens the IT security conference “Innovation and Responsibility” in Berlin
- 11 June 2007** Meeting of justice and home affairs ministers of the EU and Ukraine in Luxembourg
- 12–13 June 2007** Justice and Home Affairs Council, Luxembourg
- 18 June 2007** State Secretary Hanning inspects a multilateral operation by the Federal Police to combat cross-border crime by rail, Munich
- 20 June 2007** Federal Minister Schäuble presents the results of the Federal Ministry of the Interior’s EU Presidency Programme to the German Bundestag

- 21–22 June 2007** Informal Meeting of EU Ministers Responsible for the Public Service and Public Administration, Berlin
- 25 June 2007** Second meeting of the High-Level Advisory Group on the future of European home affairs policy starting in 2010, Brussels
- 26 June 2007** Federal Minister Schäuble and European Commission Vice-President Frattini present the results of the Federal Ministry of the Interior's EU Presidency Programme to the EP Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs in Brussels
- 27 June 2007** Parliamentary State Secretary Bergner opens the EU consultation for clubs and associations of the German Olympic Sports Confederation (DOSB) in Frankfurt (Main)
- 28 June 2007** Parliamentary State Secretary Altmaier attends the expert meeting of the Baltic Sea Region Border Control Cooperation (BSRBCC) and a maritime exercise by the Federal Police in Rostock
- 29 June 2007** Federal Minister Schäuble presents the results of the Federal Ministry of the Interior's EU Presidency Programme at the national press conference in Berlin



# L'Europe, bien sûr(e)

Un bilan des succès obtenus pour la politique intérieure européenne  
Présidence allemande de l'UE au premier semestre 2007





## Avant-propos du ministre fédéral de l'Intérieur Dr. Wolfgang Schäuble

Chers lecteurs,

Permettez-moi de vous présenter le bilan relatif à la mise en œuvre du programme de travail du ministère fédéral de l'Intérieur pour la présidence allemande du Conseil de l'UE pendant le premier semestre de 2007.

Le développement de l'espace de liberté, de sécurité et de justice a été un axe important du programme de travail du Gouvernement fédéral. Pour sa présidence du Conseil, le ministère fédéral de l'Intérieur avait choisi le leitmotiv : L'Europe, bien sûr(e).

S'il est vrai que jamais encore dans l'histoire de l'Europe nous n'avons pu mener une vie aussi sûre et libre qu'en ce début de XXI<sup>ème</sup> siècle, il serait tout aussi erroné de considérer la prospérité, la paix et la stabilité dont nous jouissons comme un acquis sûr et éternel : le terrorisme, le crime organisé et la migration illégale menacent notre sécurité. Par ailleurs, dans ce monde globalisé et interconnecté, des conflits qui se déroulent loin de chez nous peuvent nous affecter directement. Des sondages révèlent que c'est notamment dans les domaines de la liberté et de la sécurité intérieure que les citoyens attendent une réponse commune et déterminée de l'Europe.

Ainsi, nous avons sciemment choisi un leitmotiv qui mette les intérêts des citoyennes et citoyens au cœur de la politique intérieure européenne. En effet, ils doivent pouvoir sentir que l'action conjointe de l'UE profite à leur sécurité et à leurs libertés, et que l'Europe leur offre une valeur ajoutée tangible. A cet égard, la continuité et la cohérence de la politique sont des conditions sine qua non. Par conséquent, je tenais particulièrement pendant notre présidence à utiliser les instruments existants avec efficacité, et à les étendre, plutôt que de lancer à chaque fois de nouvelles initiatives. Il s'agit d'intensifier et de consolider la coopération pratique. J'ose dire que nous avons réussi à le faire. Et nous sommes ainsi parvenus à mettre en œuvre notre

leitmotiv en contribuant, pour aujourd'hui comme pour l'avenir, à ce que l'Europe soit bien plus sûre et plus tangible dans la vie de nos citoyens. La présentation des avantages concrets que notre présidence apportera aux citoyennes et citoyens européens se trouve par conséquent au cœur de cette brochure.

La continuité se voit également renforcée par le fait que, pour la première fois dans l'histoire de l'Union européenne, notre présidence s'inscrit dans une étroite coopération de trois présidences successives du Conseil. C'est dans cette optique que, dans le cadre d'un programme de travail commun pour 18 mois, notre programme de travail a été concerté avec les présidences portugaise et slovène qui nous succéderont. Ainsi, le Portugal et la Slovénie suivront la voie que nous avons engagée.

En assumant la présidence du Conseil de l'UE, chaque Etat membre se voit accorder un privilège particulier, mais fait également face à un grand défi. C'est pourquoi je tiens à conclure en remerciant tous les collègues des autres Etats membres, de la Commission européenne, du secrétariat général du Conseil et du Parlement européen qui ont contribué à ce succès, et tout particulièrement tous ceux qui travaillent au ministère fédéral de l'Intérieur et dans les autorités administratives qui lui sont subordonnées. Chacun d'entre eux a contribué à la réussite de notre présidence.

Si vous souhaitez en savoir plus sur notre présidence du Conseil de l'UE, n'hésitez pas à consulter les sites Internet du ministère fédéral de l'Intérieur ([www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) et [www.eu2007.bmi.bund.de](http://www.eu2007.bmi.bund.de)).

Merci de votre intérêt et bonne lecture !



Dr. Wolfgang Schäuble

Ministre fédéral de l'Intérieur, membre du Bundestag

# Table des matières

## **Avant-propos du ministre fédéral de l'Intérieur** 96

### **Lutter contre le terrorisme international et la criminalité transfrontalière** 100

Mise en réseau au niveau européen des banques de données policières en vue d'une lutte plus efficace contre la criminalité	101
Poursuivre le renforcement d'Europol	103
Lutte contre l'utilisation d'Internet par des terroristes	105
Création d'un échange d'informations concernant les enlèvements par des terroristes	105
Rattacher les nouveaux Etats membres au système d'information Schengen	107
Instauration d'un réseau d'alerte et d'information concernant l'expulsion de personnes suspectées de terrorisme	108
Renforcer la protection des données en Europe	109
Faire évoluer la protection civile	110

### **Combattre la migration clandestine, gérer la migration légale** 112

Approche globale de la question des migrations – Développer la coopération avec les pays d'origine et de transit de la migration clandestine	112
Renforcement de la protection des frontières extérieures de l'UE dans la lutte contre la migration illégale	114
Empêcher l'usage abusif de visas	115
Améliorer les éloignements	117
Gérer l'immigration légale	119

### **Promouvoir l'intégration et le dialogue interculturel** 120

## **Elaborer la dimension extérieure** **122**

## **L'avenir de la politique intérieure européenne** **124**

## **Autres sujets de la présidence du Conseil de l'UE** **126**

L'Union européenne et le sport	126
Renforcer la coopération dans le domaine administratif	127
Réaliser un espace de communication électronique sécurisé	128

## **Les réunions informelles dans le cadre de la présidence allemande de l'UE** **130**

Réunion informelle des ministres de la Justice et des Affaires intérieures de l'UE à Dresde	130
Réunion informelle des ministres de l'UE en charge du sport à Stuttgart	131
Réunion informelle des ministres de l'UE en charge de l'intégration à Potsdam	131
Réunion informelle des ministres de l'UE en charge de l'administration et de la fonction publique à Berlin	131

## **Tableau de bord de la présidence** **132**

Accomplissement et avancement des différents projets	132
Evénements	137



Un contrôle de police franco-allemand.

## Lutter contre le terrorisme international et la criminalité transfrontalière

En ce début de XXI<sup>ème</sup> siècle, nous pouvons, dans une large mesure, circuler en Europe sans contrôle de passeport, et travailler et vivre dans presque tous les Etats membres de l'UE. Dans le projet d'intégration européen, il s'agit là – outre l'introduction de l'Euro et du marché intérieur commun – de l'acquis le plus important et le plus tangible pour les Européens. Or, les libertés ainsi acquises peuvent également être détournées. Aussi devons-nous veiller, dans l'intérêt des citoyennes et citoyens européens, à ne pas laisser le champ libre aux terroristes, passeurs et criminels, malgré les frontières ouvertes. A cet égard, il y a lieu de travailler en étroite coopération au niveau européen. Et nos polices et nos services de sécurité doivent échanger leurs informations et leurs données. Nous avons pour cela besoin d'un réseau d'informations européen, qui, d'une part, relie les banques de données nationales entre elles, d'autre part confère aux autorités de sécurité des Etats membres ainsi qu'à Europol l'accès aux banques de données communes telles que le système d'information Schengen ou le système d'informations sur les visas. Notre mission prioritaire consiste à garantir la liberté et la sécurité. Nous avons, lors de notre présidence du Conseil de l'UE, fait d'importants progrès dans la mise en œuvre de ces objectifs.

## Mise en réseau au niveau européen des banques de données policières en vue d'une lutte plus efficace contre la criminalité

La suppression des contrôles aux frontières intérieures en Europe ne doit pas avoir pour conséquence que des délinquants puissent se rendre dans un autre Etat membre et ainsi se soustraire aux poursuites. C'est pourquoi l'un des objectifs les plus importants de notre présidence a été de transposer dans le cadre juridique de l'UE les dispositions essentielles du traité de Prüm (traité visant l'approfondissement de la coopération transfrontalière, notamment en vue de lutter contre le terrorisme, la criminalité transfrontalière et la migration illégale, signé le 27 mai 2005 par l'Allemagne, l'Autriche, la Belgique, l'Espagne, la France, le Luxembourg et les Pays-Bas.).

Cela signifie concrètement :

- A l'avenir, l'énorme valeur ajoutée du traité profitera à l'ensemble des 27 Etats membres. Le traité permettra à l'avenir à tous les Etats membres de s'accorder mutuellement un accès automatisé aux fichiers nationaux en matière d'immatriculation de véhicules, aux fichiers d'analyse ADN, et aux données dactyloscopiques. L'objectif est de créer un système d'informations policières moderne permettant de lutter efficacement, à échelle européenne, contre des malfaiteurs.
- Déjà des premiers croisements de données entre l'Allemagne, l'Autriche, l'Espagne, ainsi que le Luxembourg ont abouti à quelques 3 700 concordances, et ce en l'espace de quelques mois seulement, menant à de nouvelles pistes d'enquêtes. Dans de nombreux cas de meurtres et d'homicides, des enquêtes furent couronnées de succès et menèrent à l'arrestation des auteurs. Par exemple, un récent croisement transfrontalier de données ADN a eu pour résultat que deux malfaiteurs arrêtés en Autriche pour appartenance à une bande de cambrioleurs se sont avérés avoir commis un double meurtre en Espagne. De même, l'auteur présumé de deux viols a pu par exemple être arrêté suite à son identification sur la base d'un croisement de données.
- De plus, le traité permet un échange rapide d'informations concernant les personnes suspectées de terrorisme ainsi que les auteurs de violences qui se déplacent, comme par exemple les hooligans. Des débordements violents, ayant entre autres lieu lors de matchs de football, pourront ainsi être évités à temps, et les casseurs pourront être rapidement détectés et interpellés.

- Grâce à la transposition du traité de Prüm dans le cadre juridique de l'UE, la coopération policière opérationnelle se voit en outre considérablement intensifier. Ainsi, le traité permet des formes d'intervention commune. Particulièrement dans les régions frontalières, des patrouilles policières mixtes peuvent ainsi être réalisées, comme par exemple entre policiers allemands et français, autrichiens ou polonais.
- De même, les polices de maintien de l'ordre des Etats membres peuvent mutuellement se prêter assistance en cas de besoin. Par exemple, dans le cadre du championnat d'Europe de football qui aura lieu l'année prochaine en Autriche, des agents de police allemands pourront se rendre sur place afin de soutenir leurs collègues autrichiens. Dans ce cadre, ces agents seront également autorisés à exercer des compétences policières exécutives. Des forces de police pourront ainsi dorénavant être affectées de manière rapide et flexible en mission transfrontalière. Cela mène non seulement à un emploi plus efficace des ressources, mais contribue considérablement à assurer aux citoyennes et citoyens européens de pouvoir voyager en toute sécurité en Europe, notamment dans le cadre d'événements transfrontaliers majeurs.
- Il convient de mentionner particulièrement les réglementations exhaustives en matière de protection des données que le traité prévoit – qui seront également transposées dans le cadre de l'UE et qui répondent aux hautes exigences d'une protection des données moderne.
- En conclusion, force est de constater que la coopération policière se voit enrichie d'une toute nouvelle qualité grâce à la transposition du traité de Prüm dans le cadre juridique de l'UE.

## Poursuivre le renforcement d'Europol

La lutte contre le terrorisme, les filières mondiales du crime organisé comme par exemple dans le domaine du trafic de drogue et d'armes, mais aussi contre les formes de crimes graves transfrontaliers ou les attaques contre notre monnaie par la falsification de billets d'euro ne peut être efficace en Europe que si nous la menons ensemble. C'est pourquoi la poursuite du renforcement et le développement d'Europol ont fait partie des objectifs que nous nous sommes fixés pour notre présidence.

Le premier jalon important dans cette direction fut l'entrée en vigueur des protocoles d'amendement de la Convention Europol. Le 20 avril, à Luxembourg, lors de la seconde réunion du conseil des ministres de la Justice et des Affaires intérieures sous présidence allemande, le ministre fédéral de l'Intérieur, Dr. Wolfgang Schäuble, a pu solennellement remettre au directeur d'Europol les trois protocoles d'amendement à la Convention Europol qui sont désormais ratifiés et entrés en vigueur en mars et avril dans tous les Etats membres. Ces protocoles d'amendement permettront d'adapter Europol aux exigences d'une lutte moderne contre le crime et augmenteront encore considérablement son efficacité. Ces protocoles marquent le début d'une nouvelle phase opérationnelle pour Europol :

Le siège d'Europol à La Haye.





■ Ainsi, la participation d'agents d'Europol à des équipes communes d'enquête des Etats membres est désormais possible. Cela permet à Europol d'accorder un soutien encore plus efficace que par le passé aux Etats membres, par exemple dans la lutte contre le terrorisme, le crime lié à la drogue ou encore contre la contrefaçon de l'euro. Les agents d'Europol peuvent directement fournir à l'équipe commune d'enquête des informations provenant des fichiers d'analyse courants d'Europol. Inversement, Europol peut également obtenir directement des informations actuelles provenant de l'équipe commune d'enquête et les traiter. Par ailleurs, Europol sera doté de la possibilité de solliciter des Etats membres à engager des enquêtes.

■ En outre, il sera maintenant possible d'accorder un accès direct au système d'information d'Europol non seulement aux organes centraux nationaux, tel que cela était le cas jusqu'ici, mais également à d'autres autorités compétentes des Etats membres (entre autres, les parquets, les autorités douanières, ou la police fédérale). Ainsi, l'échange d'informations avec Europol se verra-t-il accélérer, ce qui permettra de mettre en œuvre les mesures de recherche policière sans délais.

■ Finalement, il sera dorénavant possible d'associer directement aux travaux d'Europol, au sein d'un groupe d'analyse des Etats membres, des experts venant d'Etats tiers. Ceci revêt une importance vitale, par exemple pour la coopération avec les Etats-Unis dans le domaine central de la lutte contre le terrorisme.

Le second jalon d'un intérêt capital permettant de faire avancer Europol fut la transposition de la Convention Europol, jusqu'alors uniquement valable entre ses pays membres, dans le cadre juridique de l'UE. Cela permet d'obtenir d'autres améliorations opérationnelles et de réduire la charge bureaucratique :

■ Ainsi le mandat d'Europol va-t-il être étendu à toutes les formes de crime grave transfrontalier. Europol peut à l'avenir enquêter dans des cas de pornographie infantine transfrontalière, poursuivre les bandes spécialisées dans le vol de véhicules ou les actes criminels de hooligans qui se déplacent en Europe.

■ Il est prévu qu'à partir de 2010, le budget d'Europol sera financé sur le budget communautaire et que ses effectifs auront le statut des agents de la CE. Par cette mise à niveau, des modalités spécifiques seront supprimées et la charge administrative réduite.

## Lutte contre l'utilisation d'Internet par des terroristes

Les terroristes utilisent à leurs fins la diversité de possibilités que leur offre Internet. Ils se servent d'Internet en tant que moyen de communication, de propagation de leur idéologie, de recrutement de nouveaux adeptes ainsi que pour la formation de ces derniers, sans oublier la propagation d'instructions détaillées pour la fabrication de bombes. Considérant le grand nombre de pages destinées auxdites fins, les Etats membres doivent mettre en commun leurs informations afin d'accroître leurs connaissances, de concentrer leurs ressources et d'éviter de faire du travail en double. Dans ce domaine, nous avons atteint les objectifs suivants:

- L'initiative allemande « check the web » visant à approfondir la coopération entre les Etats membres voire même à se répartir les tâches lors de l'observation et de l'évaluation de l'Internet en vue de combattre le terrorisme international, fut initiée avec succès.
- Le 8 mai 2007, un portail d'information par le biais duquel les Etats membres peuvent échanger des renseignements fut mis en place au sein d'Europol. Ce portail représente un grand pas en avant dans le domaine de la coopération des Etats membres. Il offre la plateforme nécessaire afin que les Etats membres puissent mutuellement mettre leurs connaissances à disposition et ainsi rassembler tous les renseignements disponibles au niveau de l'UE. Sur cette base, la mutualisation et le partage du travail des Etats membres vont pouvoir être développés.
- De plus, des premières rencontres ont déjà pu être réalisées. L'objectif de ces réunions était un échange d'expériences dans le but d'analyser certains sites Internet, de traiter des questions techniques concernant la veille Internet ainsi que la coordination ciblée de projets concrets de coopération.

## Création d'un échange d'informations concernant les enlèvements par des terroristes

Les enlèvements commis par les groupes ou personnes pouvant être associées au terrorisme international constituent de grands défis pour les Etats membres. A de nombreuses reprises, des terroristes ont procédé à l'enlèvement de citoyens de l'UE et essayé par ce moyen d'appuyer des revendications politiques, de prouver le danger qu'ils représentent, ou de réclamer le versement d'une rançon contre la

libération des personnes prises en otage. Différents Etats membres ont déjà fait des expériences dans la gestion de tels enlèvements. Afin de pouvoir profiter de ces expériences utiles pour d'éventuels cas futurs, la présidence allemande a mis en place un échange d'informations au niveau européen concernant les enlèvements terroristes.

- Les Etats membres vont à l'avenir échanger les informations centrales dont ils disposent concernant les cas d'enlèvements une fois ceux-ci résolus. Cela permettra de constater rapidement, dans le cas d'un nouvel enlèvement, si des expériences similaires concernant l'enlèvement de citoyens de l'UE ont déjà été faites dans un autre Etat membre, que la similarité réside dans le lieu de l'enlèvement où les terroristes aient agi ou dans la similarité d'autres circonstances.
- Les capacités du pays membre concerné à agir seront considérablement renforcées, étant donné que celui-ci pourra prendre en compte les expériences réalisées par les pays partenaires.

Un contrôle de passeport à l'aéroport.





Lors d'un contrôle frontalier commun.

## Rattacher les nouveaux Etats membres au système d'information Schengen

L'un des objectifs de notre présidence fut de faire avancer le rattachement des nouveaux Etats membres au système commun d'information et de recherche policière Schengen (SIS). Dans ce sens, nous avons donné d'importantes impulsions :

- Le calendrier de l'intégration à ce système des nouveaux Etats membres, ayant adhéré à l'UE au 1er mai 2004, est respecté. Par exemple, grâce à ce système, il sera dès l'année prochaine possible que les véhicules volés en Allemagne soient signalés à tous les Etats membres. Il sera ainsi plus difficile pour les bandes organisées de trafiquants de véhicules de faire des affaires en Europe.
- Le système de recherche commun contient également toutes les personnes non admises en Europe. L'entrée sur le territoire européen sera ainsi refusée loin des frontières de l'Allemagne aux délinquants dangereux ou personnes soupçonnées de terrorisme.
- Les personnes désorientées ou portées disparues peuvent également être recherchées au niveau européen en étant enregistrées dans le système de recherche commun. Cela constitue un élément d'une grande importance pour nos autorités de police allemande dans les enquêtes sur les cas d'enlèvements.

- Grâce au rattachement des nouveaux Etats membres au système de recherche commun et grâce au développement y afférent de systèmes policiers et de gestion des frontières plus performants dans les nouveaux Etats membres, les conditions sont remplies afin qu'à partir de 2008, les contrôles aux frontières entre et avec ces Etats soient supprimés. Ainsi, nous pourrions, à l'avenir, circuler sans contrôles douaniers lourds dans presque tous les Etats de l'UE. Dès 2008, nos frontières vont être reculées bien plus loin, et les frontières extérieures de l'Union européenne seront protégées et contrôlées dans le respect des normes de sécurité les plus strictes.
- Il conviendra toutefois de poursuivre davantage encore l'amélioration du système d'information Schengen.
- C'est ainsi qu'en 2008, aura lieu non seulement l'intégration des nouveaux Etats membres à ce système, mais encore une extension considérable de ses fonctionnalités. Ainsi, à partir de la fin 2008, dans le cadre de la seconde génération du système de recherche Schengen, les empreintes digitales et les photos des délinquants pourront être directement consultées et échangées par toutes les polices en Europe.

## **Instauration d'un réseau d'alerte et d'information concernant l'expulsion de personnes suspectées de terrorisme**

Lorsque des personnes suspectées de terrorisme sont expulsées d'un Etat membre, il est important que tous les autres Etats membres en soient immédiatement informés.

- Nous avons réussi, lors de notre présidence, à ce que les Etats membres instaurent un mécanisme d'information leur permettant de s'informer mutuellement et sans délais sur des ressortissants d'Etats tiers qui ont été expulsés par un Etat membre pour avoir menés des activités terroristes ou pour avoir instigué à la discrimination, à la haine ou à la violence.
- Ceci est particulièrement important lorsqu'un Etat membre procède à l'expulsion d'une personne sans pour autant pouvoir la renvoyer immédiatement dans son Etat d'origine – par exemple en raison de procédures judiciaires pendantes.

L'échange d'information convenu assure désormais que chaque Etat membre recevant une telle information puisse, le cas échéant, prendre les mesures sécuritaires nécessaires en temps voulu.

- Outre le système d'alerte mis en place, le système d'information Schengen commun permet, lui aussi, de signaler, au niveau européen, des ressortissants d'Etats tiers aux fins de non-admission. Le nouveau mécanisme d'alerte vient compléter cette possibilité notamment dans les cas où un tel signalement ne peut pas encore être réalisé.

## Renforcer la protection des données en Europe

Sans sécurité, pas de liberté. Cela s'applique également à nos données devant être protégées contre les abus :

- Tout comme nous avons, lors de notre présidence, fait avancer la coopération entre les autorités policières européennes, et la mise en réseau de leurs banques de données dans le domaine de la lutte contre le terrorisme et la criminalité, nous

Dgâd : le Secrétaire d'Etat parlementaire, M. Altmaier, le ministre fédéral de l'Intérieur, Dr. Schäuble, et le président de la Commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures du Parlement européen (LIBE), M. Cavada , lors d'une réunion du LIBE.



avons également veillé à ce que la saisie et l'intégration des données dans les fichiers soient effectuées dans le respect des normes actuelles de protection des données et à ce que le droit à la vie privée des citoyennes et citoyens soit protégé.

- Ainsi, nous avons, lors de la création et de la mise en réseau de banques de données, intégré des réglementations en matière de protection des données à caractère personnel pour chaque domaine spécifique, mais nous avons également su faire considérablement avancer la décision-cadre sur la protection des données dans le cadre de la coopération policière et judiciaire européenne dans son ensemble. Cette décision-cadre pourra encore être adoptée avant la fin de l'année. Elle contient d'importantes réglementations et principes devant être respectés lors de l'échange transfrontalier de données policières et judiciaires entre les Etats membres. Ainsi, un haut niveau de protection des données est garanti de manière homogène lors de l'échange de données à caractère personnel entre les Etats membres ainsi qu'avec les autorités de sécurité européennes Europol et Eurojust.

## Faire évoluer la protection civile

En tant que communauté de sécurité, l'UE doit être en mesure, en cas de catastrophe, de fournir aux victimes à l'intérieur tout comme à l'extérieur de l'Europe une aide rapide, sans bureaucratie inutile. Afin d'assurer une meilleure gestion pour l'avenir, nous avons, lors de notre présidence :

L'agence fédérale de secours technique (THW) en intervention lors d'une inondation.



- apporté une contribution au développement futur de la capacité d'analyse et de coordination du centre d'information et de suivi (MIC) de l'UE à Bruxelles. Cela est important afin que les Etats membres puissent mieux coordonner leur aide. L'aide peut ainsi être dirigée rapidement et de manière ciblée là où elle est nécessaire. Ceci revêt une importance particulière dans le cas de catastrophes naturelles de grande taille, comme il en fut le cas lors du raz-de-marée de fin 2004 dans l'Océan indien. Mais aussi en Europe, étant également touchés par les inondations et grands incendies de forêts, nous profiterons du fonctionnement amélioré du centre d'information et de suivi.
- La condition pour accorder une aide rapide est toujours que les Etats membres résumant leurs offres d'aide en « modules ». Dans ce domaine, nous avons considérablement fait avancer les choses. Il existe donc désormais dans les Etats membres des modules spéciaux d'aide, par exemple pour lutter contre les incendies de forêt (équipes d'intervention spécialisées, qui, entre autres, disposent d'hélicoptères et d'avions capables de transporter de l'eau), les inondations (unités de construction de barrages ou envoyées pour pomper les caves inondées), ou pour offrir leur soutien en cas de catastrophes naturelles comme les tremblements de terre ou les séismes sous-marins (équipes de sauvetage, équipes de ravitaillement en eau, équipées de véhicules et de matériel de filtrage de l'eau, etc.)
- Afin que les Etats membres qui fournissent une aide à des pays tiers en cas de catastrophe, et ce au nom de l'UE, soient soutenus de manière financière par l'UE, nous avons créé une base financière afin que jusqu'à 50 % des coûts de transport pour les équipements d'aide – c'est-à-dire par exemple pour les groupes électrogènes de secours ou les équipes de sauvetage et leur équipement – puissent être subventionnés par le budget communautaire.
- Finalement, nous avons pu promouvoir par des exercices communs une bonne interaction et l'échange d'expériences entre les Etats membres pour la gestion des accidents chimiques. Ces situations périlleuses, qui requièrent des capacités particulières de la part des équipes d'intervention en raison des aspects liés à la décontamination, peuvent rapidement se transformer en catastrophe majeure, avec des conséquences transfrontalières.





Migration légale – des chercheurs biologistes allemands et kényans font de la recherche ensemble en Thuringe.

## Combattre la migration clandestine, gérer la migration légale

### **Approche globale de la question des migrations – Développer la coopération avec les pays d'origine et de transit de la migration clandestine**

Ce n'est que si les Etats d'origine et de transit agissent eux aussi avec succès contre la migration illégale et coopèrent efficacement avec nous en matière de reconduite que nous auront réellement la possibilité de contrer la migration illégale. Or, dans ce contexte, l'UE est également appelée à se montrer coopérative et à accorder son soutien. En accueillant pour une durée limitée des personnes venant d'Etats tiers pour leur dispenser une formation et les promouvoir, en accordant notre aide en matière de réintégration de personnes rentrant dans leur pays d'origine, et en soutenant ces Etats sur place dans le développement de leurs propres systèmes de gestion des frontières et de migration, une coopération fructueuse entre l'UE et les Etats de transit et d'origine saura voir le jour. Durant notre présidence, nous y avons pu contribuer :

- A notre initiative, d'importants pas vers une nouvelle orientation de la politique de migration européenne ont été faits. L'objectif est que des partenariats soient conclus entre l'UE et certains pays tiers dans les domaines de la migration et du développement. Dans ce contexte, la création de structures administratives

efficaces dans les pays tiers, les accords de réadmission, les possibilités qu'offre la migration circulaire et temporaire ainsi que la facilitation des procédures de visas et des frais de virement réduits pour les migrants désirant soutenir leurs pays d'origine jouent un rôle important.

- De plus, la coopération de l'UE en matière de questions relatives à la migration et la coopération de sécurité ne se concentrera à l'avenir pas uniquement sur les pays de l'Afrique et les pays méditerranéens, mais aussi et notamment sur les régions voisines à l'Est et au Sud-est de l'UE. Car l'immigration clandestine vers l'Europe, et surtout vers l'Allemagne, passe en grande partie par les voies de passage de l'Est et du Sud-est.
- Afin d'approfondir le dialogue avec les pays de transit et d'origine, nous avons au cours de notre présidence, envoyé des premières missions de l'UE au Cap Vert, au Ghana et en Maurétanie, en mai et en juin de cette année, pour mener des entretiens exploratoires au sujet d'une meilleure coopération concernant les questions de migration.

Hélicoptère de la police fédérale allemande en mission.



## **Renforcement de la protection des frontières extérieures de l'UE dans la lutte contre la migration illégale**

La libre circulation des personnes dans, bientôt, la quasi-totalité de l'UE, y compris les Etats associés à Schengen (Norvège, Islande, et prochainement la Suisse) est l'un des principaux acquis du processus d'unification européenne. Mais afin de veiller à ce que les terroristes, passeurs et criminels n'utilisent pas cette liberté à leurs fins, nous devons nous assurer que les contrôles effectués aux frontières communes extérieures de l'UE soient effectués d'autant plus efficacement et durablement. La poursuite du renforcement de l'agence européenne de protection des frontières FRONTEX, dont la tâche est le soutien et la coordination de mesures communes des Etats membres aux frontières extérieures, comptait pour cette raison parmi les objectifs stratégiques de notre présidence :

- Dans ce contexte, nous avons réussi avec l'adoption d'un règlement instituant un mécanisme de création d'équipes d'intervention rapide aux frontières dans le but de sécuriser les frontières, d'améliorer considérablement les capacités de travail de l'agence FRONTEX. Grâce à FRONTEX, il est désormais possible de mettre, à brève échéance, des équipes d'experts des polices des frontières à la disposition de tout Etat membre qui, à ses frontières, est particulièrement exposé à de fortes tentatives de migration illégale, afin que ces équipes fournissent un soutien à l'Etat membre.
- A FRONTEX, une équipe d'intervention ad-hoc comptant jusqu'à 600 agents de polices des frontières des Etats membres est alors constituée à ces fins. De plus, le règlement prévoit que lors de missions communes sous l'égide de FRONTEX, toutes les forces déployées sur place – c'est-à-dire en Italie par exemple aussi, des agents de la police fédérale allemande – se voient attribuer des compétences exécutives et soient ainsi en mesure de soutenir les forces policières frontalières du pays d'intervention respectif de manière efficace.
- De plus, un inventaire comportant des avions, des hélicoptères, des navires et des équipements servant au contrôle des frontières a pu être mis en place à FRONTEX, que les Etats membres mettent volontairement et de manière temporaire à disposition à d'autres Etats membres. L'agence a déjà enregistré plus de 20 avions, presque 30 hélicoptères et bien plus de 100 vedettes, ainsi qu'une vaste liste d'autres équipements techniques. Cela permet non seulement d'économiser des ressources en Europe, mais aussi d'assurer qu'à toutes les plaques tournantes de l'immigration clandestine, suffisamment d'équipements techniques de protection des frontières puissent être mis à disposition dans la lutte commune contre la migration clandestine.

■ Dès le mois de mai, il a également été possible d’instaurer en Méditerranée un réseau de patrouilles communes des polices aux frontières, coordonné par FRONTEX. Depuis, les Etats membres concernés coordonnent les patrouilles de surveillance de leur police des frontières respectives et assurent avec une efficacité renforcée la protection des frontières maritimes extérieures de l’Union européenne en Méditerranée. Cela contribuera à l’avenir à empêcher que des personnes risquent leur vie lors des dangereuses traversées d’Afrique en Europe.

Nous avons ainsi pu, lors de notre présidence, apporter une importante contribution au renforcement de la protection de nos frontières extérieures communes et dans la lutte contre la migration illégale et les méfaits des réseaux de passeurs. Seules des frontières extérieures bien protégées garantissent la liberté et la sécurité intérieure et permettent de continuer à voyager à travers l’Europe sans de lourds contrôles douaniers.

## Empêcher l’usage abusif de visas

Le système d’information sur les visas (VIS) de l’UE, qui résulte d’une proposition allemande, illustre efficacement comment des solutions intelligentes et souples permettent d’atteindre un double objectif : gagner une avance décisive tant sur ceux qui menacent notre sécurité que sur ceux qui contournent les réglementations de la politique de visas européenne en abusant des possibilités d’entrée. Le système d’information sur les visas porte sur l’établissement d’une banque de données européenne commune permettant le stockage et la consultation, par les autorités

Demande de visa Schengen.



compétentes (en particulier les autorités en charge des visas, de la protection des frontières et de l'immigration), de données à caractère personnel, y compris biométriques, des demandeurs de visas ainsi que des visas délivrés, refusés et retirés :

- Nous sommes parvenus à mener à bien les délibérations sur le règlement relatif au VIS, qui avaient été lancées début 2005, et à poser – sous forme d'un accord politique entre le Conseil et le Parlement européen sur l'instrument juridique – le fondement nécessaire pour le développement et la mise en service du VIS.
- Dorénavant, les missions diplomatiques ou consulaires des Etats membres pourront, à chaque fois qu'une demande de visa est introduite, vérifier si le ressortissant d'un pays tiers en question a déjà introduit des demandes auprès d'autres missions diplomatiques ou consulaires et si celles-ci ont été refusées (prévention contre le phénomène dit « visa shopping »).
- Les données biométriques permettent d'identifier de manière univoque les personnes signalées aux fins de non-admission en Europe. Une fraude à l'identité lors de l'introduction d'une demande de visa pourra ainsi être dévoilée si les données se trouvent déjà dans le VIS. Le visa sera alors refusé.
- Les contrôles d'identité aux frontières extérieures et à l'intérieur du territoire seront facilités grâce aux empreintes digitales qui permettront désormais de vérifier si un visa a effectivement été délivré au ressortissant concerné d'un pays tiers. Ceci permettra de prévenir des entrées illégales.
- Le VIS contribuera également à l'identification de personnes tenues de quitter le pays.
- Il sera en outre plus facile de déterminer l'Etat responsable de l'examen d'une demande d'asile.
- De même, les autorités de police et de sécurité européennes, y compris Europol, auront accès aux données de VIS à des fins de prévention, de dévoilement et de recherche sur des actes terroristes ou autres faits criminels graves. Les nouvelles possibilités de recherche introduites pour les autorités de sécurité constituent un pas décisif en avant en matière de protection contre, notamment, les menaces du terrorisme international et du crime organisé. Outre la transposition du traité de Prüm dans le cadre juridique de l'UE, nous avons ainsi su poser une autre pierre angulaire pour la réalisation d'un réseau d'information européen.

## Améliorer les éloignements

L'éloignement effectif des étrangers d'Etats tiers tenus de quitter le pays constitue un élément essentiel de la lutte contre la migration illégale et illustre clairement que l'UE n'accepte pas la migration illégale. Pour cela, l'UE doit coopérer étroitement avec les pays d'origine et de transit.

- Au cours de la présidence allemande de l'UE, nous avons fait avancer les délibérations sur la proposition présentée par la Commission pour une directive « Retour ». Cette proposition vise à assurer que les Etats membres appliquent, dans la mesure du possible, des normes communes à l'éloignement de ressortissants de pays tiers.
- La coopération avec les Etats d'origine et de transit s'est encore vue intensifier grâce à la conclusion de négociations d'accords de réadmission entre la Communauté et des Etats tiers. Au cours de la présidence allemande de l'UE, des négociations avec la Serbie, le Monténégro, l'ex-République yougoslave de Macédoine, la Bosnie-Herzégovine, la Moldova et l'Ukraine ont été menées à terme. L'accord avec la Russie est entré en vigueur au 1<sup>er</sup> juin 2007.
- Le déroulement et les résultats des négociations menées depuis 2000 par la Communauté avec des Etats tiers sur des accords de réadmission ont fait l'objet d'une évaluation, dont les résultats seront pris en compte lors des futures négociations d'accords.
- Par ailleurs, il a été convenu d'améliorer encore la coopération entre les Etats membres, la Commission et FRONTEX en matière d'éloignement.
- Sous présidence allemande de l'UE et dans le cadre d'un projet de l'UE, deux retours groupés vers le Cameroun, le Ghana et le Togo ont été effectués aux mois de février et d'avril 2007. Outre l'Allemagne, ont également participé à ces mesures l'Espagne, la France, l'Italie, le Luxembourg, les Pays-Bas, la Pologne, la République Tchèque et la Suisse.



L'Union européenne et ses frontières extérieures.

## Gérer l'immigration légale

En vue de pouvoir gérer efficacement l'immigration légale, l'Union européenne devra élaborer des critères communs tout en tenant compte des particularités nationales. Dans ce domaine, la présidence allemande a obtenu les progrès suivants :

- Sur initiative de l'Allemagne, des lignes directrices pour la future démarche ont été développées, se référant à la question de savoir si des accords de coopération et d'association de l'UE avec des Etats tiers peuvent ouvrir un droit de séjour aux ressortissants d'Etats tiers. Lors de l'attribution d'un mandat de négociation à la Commission ainsi que lors de la négociation et de la conclusion de futurs accords, la mise en œuvre de ces lignes directrices devra désormais apporter clarté sur les droits que ces accords comportent en matière d'entrée et de droit de séjour.
- En mars 2007, le mécanisme d'information mutuelle sur les mesures des Etats membres dans les domaines de l'asile et de l'immigration est devenu opérationnel. Ce mécanisme avait été établi sur la base d'une décision du Conseil du 5 octobre 2006. Son objectif consiste à ce que les Etats membres s'informent le plus tôt possible sur d'importantes mesures nationales prises en matière d'asile et d'immigration dont l'impact dépasse les frontières nationales respectives.
- Afin que les institutions de l'UE et les Etats membres puissent développer des mesures politiques efficaces dans les domaines des migrations internationales, de la protection internationale ainsi que de la lutte contre l'entrée et le séjour illégaux, ils doivent impérativement disposer de chiffres fiables et comparables indiquant l'envergure et la nature de flux migratoires dans les Etats membres. A cet effet a été adopté, sous présidence allemande du Conseil, le règlement relatif aux statistiques communautaires sur la migration et la protection internationale. Ce règlement fournira désormais un cadre juridique au niveau communautaire, permettant de recueillir les données nécessaires.





Intégration à l'école – des écoliers de Hambourg cuisinent ensemble.

## Promouvoir l'intégration et le dialogue interculturel

Dans ce monde globalisé qu'est le nôtre, la migration et l'intégration appartiennent désormais au vécu quotidien. Le phénomène des grands flux migratoires continus ainsi que les questions y afférentes nous accompagneront à long terme. Si nous voulons éviter que la migration vienne troubler la tolérance intérieure et la stabilité de nos ordres libéraux, nous sommes appelés à faire réussir l'intégration des migrants. Dans ce domaine, les problèmes auxquels se voient confrontés les Etats membres de l'Union européenne sont pour la plupart les mêmes. L'un des objectifs principaux de notre présidence fut par conséquent de faire avancer l'échange d'expériences et d'informations en matière d'intégration et de dialogue interculturel au niveau européen :

- Car d'une part, il faut des sociétés qui soient prêtes à accueillir les migrants, à les aider à découvrir leurs capacités et à les développer pour le bien de tous. D'autre part, les migrants désirant rester à long terme ou de manière permanente devront faire l'effort de s'intégrer. Ils doivent surtout apprendre la langue du pays d'accueil et accepter le système de valeurs des sociétés d'accueil.

- De nombreux Etats membres sont menacés par des tendances de radicalisation. Le dialogue interculturel peut jouer un rôle important dans la promotion de la cohésion sociale, et améliorer l'intégration religieuse et sociale, en particulier des migrants d'origines, cultures et religions diverses. Le dialogue interculturel permet en même temps de contrer le racisme et l'extrémisme et apporte ainsi une contribution importante aux efforts de prévention de la radicalisation.
- Nous avons réussi, lors de notre présidence, à ce que les points de contact nationaux des Etats membres pour les questions d'intégration reçoivent un vaste mandat, prenant en compte les défis que pose l'intégration des migrants des deuxième et troisième générations. A l'avenir, une coopération améliorée, continue et plus durable au niveau européen et entre les Etats membres pourra ainsi se développer dans le domaine de l'intégration.
- Sur initiative de la présidence allemande, un échange d'informations et d'expériences au niveau européen sera institué pour la première fois dans le domaine du dialogue interculturel. L'Allemagne se chargera de l'invitation des Etats membres de l'UE intéressés aux deux premières réunions d'experts. Sur cette base, des structures peuvent être créées, qui permettront en cas de problèmes une coordination rapide et à court terme.
- Sur invitation du ministre, Dr. Wolfgang Schäuble, la présidence a tenu une réunion, le 20 juin à Berlin, avec des représentants des grandes Eglises et communautés religieuses d'Europe.



Réunion trilatérale des ministres de l'UE, des Etats-Unis et de la Fédération de Russie à Berlin. Devant, dgàd : M. Chertoff (USA), Dr. Schäuble (D), M. Iwanow (RUS). Derrière, dgàd : M. Nurgalijew (RUS), M. Frattini (vice-président de la Commission européenne), M. Bizjak (directeur général de l'UE à la DG Justice et Affaires intérieures) et M. Wainstein (USA).

## Elaborer la dimension extérieure

Les attentats terroristes de New York, de Madrid et de Londres démontrent que la distinction entre sécurité intérieure et extérieure devient de plus en plus floue. Les menaces qui pèsent sur nous trouvent souvent leurs racines à l'extérieur de l'Union européenne. C'est pourquoi l'Union européenne travaille, également dans les domaines de la politique intérieure et de justice, en étroite collaboration avec de nombreux Etats tiers, afin de garantir la sécurité de leurs citoyennes et citoyens :

■ Dans ce cadre, nous avons réussi à rassembler, lors d'une première conférence trilatérale entre l'UE, les Etats-Unis et la Russie, les deux principaux partenaires stratégiques de la Communauté dans les domaines de la sécurité intérieure et de la lutte contre le terrorisme. Lors de cette rencontre, il fut question de la lutte contre le terrorisme, d'importants sujets concernant la protection des frontières ainsi que des possibilités de lutte contre le trafic illicite de drogues en provenance de l'Afghanistan. Nous avons réussi à instituer un groupe d'experts trilatéral en vue d'encore approfondir la coopération des trois partenaires dans le domaine de la lutte contre le terrorisme.

- Par ailleurs, nous avons, lors d'une autre rencontre entre l'UE et les Etats-Unis, fait avancer la coopération dans le domaine de la protection des données ainsi que des questions concernant la libre circulation des voyageurs. Notre objectif est en effet qu'à l'avenir, tous les citoyens de l'UE puissent se rendre aux Etats-Unis sans visa et que dans le domaine de la protection des données, les normes que nous exigeons soient respectées par les Etats-Unis.
- Dans le cadre de la rencontre Russie / UE, nous avons pu travailler de manière intensive à l'aménagement de l'espace commun de liberté, de sécurité et de justice. Il fut ainsi, entre autres, convenu d'entamer un dialogue concernant les questions de visas, dialogue visant également à rapprocher les normes de sécurité de la Russie de celles de l'UE dans les domaines de la protection des données, ou de l'introduction d'éléments biométriques.
- De plus, une rencontre a été tenue entre l'UE et l'Ukraine, l'un des pays voisins directs les plus importants de la Communauté. Avec l'Ukraine, nous avons ainsi évalué les progrès de la coopération dans les domaines de la protection des frontières, de la migration, de l'asile, ainsi que de la lutte contre la criminalité organisée. De plus, une convention de travail fut signée lors de la rencontre entre l'agence européenne de protection des frontières, FRONTEX, et le service de protection des frontières ukrainien.
- Nous avons, en association avec la Commission européenne et au nom de la Communauté, entamé des négociations concernant un accord élargi de partenariat et de coopération avec l'Ukraine. Cet accord se veut le fleuron des progrès effectués dans la coopération des dernières années entre l'UE et l'Ukraine, et devra poser les bases juridiques d'une coopération encore plus étroite à l'avenir.



A la rencontre du groupe consultatif de haut niveau sur l'avenir de la politique intérieure européenne à Eltville. Dgâd :le vice-président de la Commission européenne, M. Frattini, le ministre fédéral de l'Intérieur, Dr. Schäuble, et le secrétaire d'Etat parlementaire, M. Altmaier.

## L'avenir de la politique intérieure européenne

Il est important que nous réfléchissions à temps à la manière dont nous voulons à l'avenir façonner la politique intérieure européenne :

- Sur proposition du ministre fédéral de l'Intérieur, Dr. Schäuble, les ministres de l'Intérieur de l'UE ont adhéré à l'idée de créer un groupe informel consultatif de haut niveau (groupe sur l'avenir) sur l'avenir de la politique intérieure européenne à partir de 2010 (le programme de La Haye, réglementant les objectifs et orientations de la politique intérieure européenne commune, touchant à son terme en 2009).
- Nous assurons par là que la réflexion sur des concepts pour la politique intérieure européenne jusqu'en 2015 est lancée bien à temps.

- Participent aux discussions les ministres de l'Intérieur du trio présidentiel actuel et suivant (Allemagne, Portugal, Slovénie, France, République Tchèque, Suède), un représentant du trio présidentiel d'après (actuellement l'Espagne), ainsi que le vice-président de la Commission européenne, le Commissaire Frattini, et le président de la Commission du Parlement européen compétent en matière de politique intérieure. Grâce à la composition de ce groupe, les intérêts des petits comme des grands Etats membres, des Etats du Nord et du Sud, nouveaux et anciens, seront tous pris en considération. Le groupe est toutefois encore suffisamment petit, de manière à ce que les consultations demeurent efficaces, et que des visions concrètes de la future politique intérieure européenne puissent être développées, sur la manière de renforcer encore la liberté et la sécurité.
- Au cours de notre présidence, nous avons déjà pu réaliser les deux premières réunions du groupe. Les ministres et le vice-président M. Frattini ont discuté notamment des pistes permettant de développer l'agence européenne de gestion des frontières FRONTEX, la gestion commune des frontières et des visas au niveau de Schengen ainsi que la coopération avec des Etats tiers en matière de police aux frontières, sans oublier l'enchevêtrement croissant de la sécurité intérieure et extérieure.
- Le groupe présentera un rapport en automne 2008, de façon à ce que ses réflexions puissent, en temps voulu, être prises en compte dans les négociations formelles sur le programme succédant à celui de La Haye.





L'EPO, substance de dopage sanguin.

## Autres sujets de la présidence du Conseil de l'UE

### L'Union européenne et le sport

Dans le cadre de notre présidence, nous avons organisé toute une série de manifestations et projets par lesquels nous avons pu contribuer à renforcer davantage le rôle et l'importance du sport dans notre société, et ce dans ses multiples facettes :

- En vue d'intensifier encore la lutte contre le dopage également au niveau européen, les ministres de l'UE en charge du sport ont décidé de soutenir la coopération des organisations nationales antidopage dans l'esprit d'un réseau de communication.
- Dans le domaine « Sport et économie », nous avons – en association avec la Commission européenne – fait avancer au niveau européen les travaux visant à établir un « compte satellite du sport ». Ce compte satellite permet de mesurer l'impact économique du sport, tel que par exemple sa part dans le produit intérieur brut ou le nombre de personnes employées dans le secteur sportif.
- En vue de lutter contre la violence, les ministres de l'UE en charge du sport ont décidé de faire progresser le modèle d'interventions transfrontalières d'agents de police.



- Quant au domaine « Sport et intégration », notre présidence nous a notamment permis de mettre en relief au niveau de l'UE le potentiel d'intégration sociale que possèdent les associations sportives.
- Un atelier réalisé les 5 et 6 mai 2007 à Stuttgart fut consacré au sujet « Carrière duale - Compatibilité entre sport de haut niveau et formation et activité professionnelles », évoquant les problèmes liés à la conciliation des carrières sportive et professionnelle, ainsi que les pistes de solutions possibles.
- En outre, nous avons, lors de notre présidence de l'UE, accompagné de manière décisive les travaux de la Commission européenne pour élaborer un « Livre blanc sur le sport » qui a vocation à être adopté par la Commission en juillet 2007.

## **Renforcer la coopération dans le domaine administratif**

Grâce à un échange d'informations et d'expériences sur des approches fructueuses (« bonnes pratiques »), la coopération européenne dans le domaine de la fonction publique – Réseau des administrations publiques européennes « EUPAN » – contribue à développer le travail des administrations publiques dans les différents Etats membres :

- Dans le cadre de notre présidence, nous avons traité des questions relatives à la gestion stratégique des administrations centrales dans le contexte des enjeux que pose le changement démographique. Grâce à nos actions, les défis que la fonction publique sera appelée à relever à la lumière du changement démographique formeront dorénavant un axe thématique transversal de la coopération au sein du réseau EUPAN.
- Par ailleurs, il s'agissait d'identifier des pistes par lesquelles les administrations publiques peuvent offrir leur appui et une formation à des candidats venant de toute catégorie de population, et peuvent contribuer par là à l'amélioration de l'égalité des chances dans la fonction publique.
- En outre, nous avons pu intensifier le dialogue social des administrations publiques au niveau européen. La coopération entre les employeurs publics réunis dans le réseau EUPAN et la délégation syndicale européenne « TUNED » se déroulera désormais dans des structures fixes et sera régie par des procédures définies.





Transmission sécurisée des données.

- De même, une étude sur l'évaluation de la performance dans la fonction publique des Etats membres a pu être élaborée, évaluée et discutée sous présidence allemande.
- Nous avons également réussi à élaborer et adopter des lignes directrices communes visant à assurer la qualité des services publics (« Citizens charters »). Dans ce contexte, une grande importance revient aux questions touchant à la satisfaction des citoyens et à une administration publique qui est à l'écoute de ses clients.

## Réaliser un espace de communication électronique sécurisé

Il est difficile d'imaginer aujourd'hui un monde sans Internet, courrier électronique et téléphone portable, autant de systèmes qui font que les informations sont disponibles partout. La sécurisation de leur transmission constitue un facteur déterminant de réussite pour l'économie européenne. Et la bonne coopération des administrations, tant à l'intérieur de l'Allemagne qu'en Europe, dépend de la compatibilité des moyens modernes de communication électronique, ainsi que du respect des plus hautes exigences sécuritaires à leur égard.

- La conférence « Faire progresser l'administration électronique » (Advancing eGovernment2007), organisée déjà début mars à Berlin sous notre présidence, a identifié des champs d'action prioritaires dans lesquels l'administration publique est appelée à aménager un espace de communication électronique en Europe pour les administrations des Etats membres: l'interopérabilité, c'est-à-dire la capacité de différents systèmes à interagir, une gestion d'identités électronique permettant une authentification sécurisée sur Internet, une standardisation et des formats de document ouverts, ainsi qu'une administration électronique centrée sur l'utilisateur. Le dialogue entre les administrations et les citoyens et entreprises devra être à la base du développement de services électroniques adaptés aux besoins des usagers.
- A l'occasion de la conférence sur la sécurité informatique « Innovation et responsabilité » qui s'est déroulée début juin à Berlin, environ 250 experts des mondes administratif, scientifique et politique se sont penchés sur la question de savoir qui, à l'intérieur de l'UE, devra assumer la responsabilité pour la protection et la sécurité des données, des informations et des infrastructures informatiques, et à quel niveau. En effet, seuls des produits et systèmes informatiques fiables pourront trouver l'adhésion des citoyens et des entreprises, adhésion nécessaire pour que des services transfrontaliers soient proposés et utilisés. Ainsi, la sécurité informatique est une tâche qui revient à l'ensemble de la société – à l'Etat, au monde économique et aux citoyens – et à laquelle tous sont appelés à œuvrer activement.
- Pour l'avenir, nous entendons par conséquent faire avancer l'adoption de normes européennes, notamment en matière d'authentification en ligne des utilisateurs. Ceci contribuera à la promotion d'une administration électronique transfrontalière ainsi qu'à la lutte contre la fraude à l'identité sur Internet.



Réunion informelle des ministres de la Justice et des Affaires intérieures de l'UE à Dresde.

## Les réunions informelles dans le cadre de la présidence allemande de l'UE

### Réunion informelle des ministres de la Justice et des Affaires intérieures de l'UE à Dresde

La réunion informelle des ministres de la Justice et des Affaires intérieures de l'UE qui a eu lieu à Dresde du 14 au 16 janvier 2006 donna le coup d'envoi de la présidence allemande du Conseil de l'UE. 65 ministres accompagnés de quelques 300 membres de délégations étaient venus pour cette occasion à Dresde.

Lors de cette réunion – et donc dès le début de la présidence allemande de l'UE – d'importants projets politiques ont pu être mis en chantier, tels la mise en réseau de banques de données d'enquêtes policières, une coopération plus étroite avec les Etats de transit et d'origine de la migration illégale, le développement de l'agence européenne de gestion des frontières FRONTEX ainsi que l'institution d'un groupe consultatif de haut niveau sur l'avenir de la politique intérieure européenne à partir de 2010. C'est sans doute en partie grâce à ce bon départ qu'il fut possible, au cours des mois suivants et jusqu'à la fin du mois de juin, de mettre en œuvre avec succès le vaste programme de travail du ministère fédéral de l'Intérieur pour la présidence allemande de l'UE.

## **Réunion informelle des ministres de l'UE en charge du sport à Stuttgart**

Sur invitation du Dr. Schäuble, les ministres venant de 26 Etats membres, accompagnés de leurs délégations, participèrent à cette rencontre qui s'est tenue les 12 et 13 mars, tout comme également Ján Figel', commissaire européen en charge de l'Education, de la Formation, de la Culture et de la Jeunesse.

L'ordre du jour prévoyait entre autres les sujets suivants : Sport et économie, Sport et violence, Intégration et sport ainsi que la lutte contre le dopage. Le premier point du programme de la réunion fut un regard rétrospectif sur la Coupe du Monde 2006. A ce sujet fut invité un intervenant éminent en la personne de M. Franz Beckenbauer, président du Comité d'Organisation de la Coupe du Monde, qui présenta la campagne de la Coupe, intitulée « Le rendez-vous de l'amitié ».

## **Réunion informelle des ministres de l'Union européenne en charge de l'intégration à Potsdam**

Sur invitation du ministre fédéral Dr. Wolfgang Schäuble, les ministres de l' Union européenne en charge de l'intégration se réunirent à Potsdam les 10 et 11 mai 2007. Cette conférence porta sur l'intensification de la coopération européenne et de l'échange d'expériences au sein de l'UE en matière de politique d'intégration ainsi que sur la promotion du dialogue interculturel.

## **Réunion informelle des ministres de l'UE en charge de l'administration et de la fonction publique à Berlin**

Sur invitation du ministre fédéral de l'Intérieur, Dr. Wolfgang Schäuble, a eu lieu, les 21 et 22 juin 2007 à Berlin, la réunion des ministres de l'Union européenne de l'administration et de la fonction publique. Les ministres ont abordé des questions relatives à l'adaptation des structures de la fonction et de l'administration publique aux changements démographiques. Les entretiens furent suivis d'une discussion et de l'adoption d'une résolution des ministres qui porte notamment sur le développement du dialogue social au sein du réseau et sur l'orientation politique du programme à moyen terme 2008/2009.



*Europa gelingt gemeinsam.*

## Tableau de bord de la présidence

### Accomplissement et avancement des différents projets

#### Lutter contre le terrorisme international et la criminalité transfrontalière

Objectif de la présidence allemande du Conseil de l'UE	Résultat
Transposition des parties essentielles du traité de Prüm dans le cadre juridique de l'UE	accord politique ✓
Transfert d'Europol dans le cadre juridique de l'UE	accord politique ✓
Lancement du projet « check the web » visant l'approfondissement de la coopération des Etats membres dans la veille et l'analyse d'activités terroristes sur Internet	lancé ✓
Echange d'informations sur des ressortissants d'Etats tiers faisant l'objet d'une décision d'expulsion pour des raisons sécuritaires	mis en place ✓

Préparation de l'intégration des nouveaux Etats membres au système de recherche Schengen (SIS one 4 all), de la suppression des contrôles aux frontières avec et entre les nouveaux Etats membres, et de l'enrichissement du système de recherche Schengen par d'autres fonctionnalités sécuritaires (SISII)	progrès et respect du calendrier prévu	✓
Faire progresser la décision du Conseil relative à l'accès des autorités de sécurité et d'Europol au système d'information sur les visas (VIS) à des fins de prévention, de dévoilement et de recherche sur des actes terroristes ou autres faits criminels graves	accord politique	✓
Adoption des conclusions du Conseil concernant l'accès des services de police et des services répressifs des Etats membres, ainsi que d'Europol, au système Eurodac	adoptées	✓
Faire progresser la décision-cadre relative à la protection des données dans le troisième pilier	progrès	✓
Révision du mécanisme communautaire de protection civile	accord politique	✓

## Gérer ensemble la migration

Objectif de la présidence allemande du Conseil de l'UE	Résultat
Faire progresser le règlement relatif à la mise en place d'un système d'information sur les visas (VIS)	accord politique ✓
Intégration d'éléments biométriques dans les titres de séjour de ressortissants d'Etats tiers	progrès ✓
FRONTEX – adoption d'un règlement instituant un mécanisme de création d'équipes d'intervention rapide	adoptées ✓

FRONTEX – mise en place d'un inventaire central des équipements techniques (entre autres avions, hélicoptères, navires)	mis en place	✓
FRONTEX – mise en place d'un réseau de patrouilles côtières en Méditerranée et dans la zone des Iles canaries	mis en place	✓
Adoption des conclusions relatives aux perspectives de la coopération européenne entre les polices aux frontières des Etats membres, des Etats partenaires et de transit ainsi que FRONTEX	adoptées	✓
Adoption des conclusions sur le renforcement de la coopération entre les Etats membres, la Commission et l'Agence FRONTEX en matière de retour	adoptées	✓
Adoption des conclusions relatives à l'application de l'approche globale sur la question des migrations aux régions bordant l'UE à l'est et au sud-est, et aux partenariats pour la mobilité entre l'UE et les Etats tiers	réalisée	✓
Evaluation du déroulement et des résultats des négociations sur des accords de réadmission, menées par la Communauté avec des Etats tiers	adoptées	✓
Adoption de lignes directrices relatives à la question de savoir si des accords de coopération et d'association peuvent ouvrir un droit de séjour aux ressortissants d'Etats tiers	adoptées	✓
Faire progresser la directive relative aux normes et procédures communes applicables dans les Etats membres au retour des ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier	réalisé	✓


Adoption du règlement relatif aux statistiques communautaires sur la migration et la protection internationale	adopté	✓
Mesures d'éloignement conjointes des Etats membres	réalisée	✓
Régime d'asile européen commun : Lancement de l'évaluation des règlements Dublin/ Eurodac	mis en œuvre	✓
Présentation du livre vert sur le futur régime d'asile	réalisé	
Echange d'informations sur les mesures en matière d'asile et d'immigration	mis en œuvre	✓
Lancement de négociations concernant la directive relative à des sanctions contre des personnes employant des ressortissants d'Etats tiers dépourvus de titre de séjour légal	mis en œuvre	✓
Négociation d'accords communautaires visant à faciliter la délivrance des visas avec d'autres Etats tiers	réalisé	✓

## Promouvoir l'intégration et le dialogue interculturel




Objectif de la présidence allemande du Conseil de l'UE	Résultat
Adoption des conclusions concernant le renforcement des politiques d'intégration dans l'Union européenne par la promotion de l'unité dans la diversité.	adopté ✓






## L'Union européenne et le sport


Objectif de la présidence allemande du Conseil de l'UE	Résultat
Faire progresser la coopération intense dans la prévention et la lutte contre les débordements violents dans le contexte d'évènements sportifs (par exemple le modèle d'un emploi transfrontalier d'agents de police)	progrès 
Faire progresser la mise en place d'un compte-satellite du sport	progrès 
Accompagnement constructif de la Commission dans l'élaboration du « Livre blanc sur le sport » de l'UE	réalisé 
Mise en réseau des organisations nationales antidopage en vue de développer un réseau de communication	progrès 
Identifier des pistes pour améliorer la compatibilité entre sport de haut niveau et formation et activité professionnelles – « Carrière duale »	réalisé 

## Renforcer la coopération dans le domaine administratif

Objectif de la présidence allemande du Conseil de l'UE	Résultat
Développer le dialogue social européen des administrations centrales des Etats membres	réalisé 
Faciliter la mobilité entre les administrations publiques des Etats membres	progrès 
Procéder à une étude comparative de l'évaluation des performances des agents de la fonction publique dans les Etats membres de l'UE	réalisée 

Adoption du document stratégique sur la gestion de la satisfaction client dans la fonction publique	adopté	
Adoption des lignes directrices sur la garantie de la qualité des services publics (Citizens charters) dans les Etats membres de l'UE	adopté	
Adoption du plan d'action général pour l'introduction d'un cadre d'auto-évaluation des fonctions publiques (CAF) dans les administrations publiques des Etats membres	adopté	

### L'avenir de la politique intérieure européenne

Objectif de la présidence allemande du Conseil de l'UE	Résultat
Instaurer le groupe informel consultatif de haut niveau sur l'avenir de la politique intérieure européenne à partir de 2010	groupe institué 

### Evénements

- 3 janvier 2007** Présentation du programme de travail du ministère fédéral de l'Intérieur pour la présidence du Conseil de l'UE, Conférence de presse fédérale de Berlin
- 12 janvier 2007** Inauguration officielle par le ministre Dr. Schäuble du site Internet du ministère fédéral de l'Intérieur sur la présidence du Conseil de l'UE
- 14 au 16 janvier 2007** Réunion informelle des ministres de la Justice et des Affaires intérieures, Dresde
- 21 au 22 janvier 2007** Journée banalisée sur des sujets de l'UE dans les écoles allemandes avec visite du ministre, Dr. Schäuble, à l'école Max Eyth de Stuttgart

- 24 janvier 2007** Présentation du programme de travail du ministère fédéral de l'Intérieur pour la présidence allemande devant la Commission des affaires intérieures (Commission LIBE) du Parlement européen
- 1<sup>er</sup> et 2<sup>er</sup> février 2007** Réunion informelle des directeurs généraux en charge du sport à Bonn, ouverture par le secrétaire d'Etat parlementaire, Dr. Christoph Bergner
- 15 février 2007** Conseil des ministres de la Justice et des Affaires intérieures, Bruxelles
- 22 février 2007** Participation du secrétaire d'Etat parlementaire, M. Altmaier, à la réunion du Conseil d'administration de FRONTEX à Francfort/Main, et observation de la première intervention de police aux frontières sous l'égide de FRONTEX sur des aéroports européens en vue de lutter contre des entrées illégales par voie aérienne
- 1<sup>er</sup> mars 2007** Ouverture de la conférence sur l'administration électronique par le ministre, Dr. Schäuble
- 5 mars 2007** Conférence tenue par le secrétaire d'Etat parlementaire, M. Altmaier en tant que professeur invité, à l'occasion de l'ouverture du premier module d'études commun pour les agents de police aux frontières européens, à l'Académie centrale de formation initiale et continue de la Police fédérale de Lübeck
- 12 et 13 mars 2007** Réunion informelle des ministres de l'UE en charge du sport, Stuttgart
- 25 mars 2007** Fête centrale des citoyens à l'occasion de la célébration du 50<sup>ème</sup> anniversaire du traité de Rome, Berlin
- 27 mars 2007** Inauguration solennelle du nouveau bâtiment de FRONTEX à Varsovie par le ministre, Dr. Schäuble, et le vice-président de la Commission européenne, M. Frattini
- 4 avril 2007** Réunion des ministres de la Justice et des Affaires intérieures UE / Etats Unis / Russie, Berlin
- 4 et 5 avril 2007** Réunion des ministres de la Justice et des Affaires intérieures UE / Etats Unis, Berlin

- 16 avril 2007** Participation du ministre, Dr. Schäuble, au symposium international commun de la Police fédérale allemande et de FRONTEX à Boppard, sur le sujet « Perspectives de la coopération européenne en matière de police aux frontières »
- 19 et 20 avril 2007** Conseil des ministres de la Justice et des Affaires intérieures, Luxembourg
- 23 et 24 avril 2007** Réunion des ministres de la Justice et des Affaires intérieures UE / Russie, Moscou
- 27 avril 2007** Participation du secrétaire d'Etat, Dr. Hanning, à une présentation commune de la GSG 9 (de la Police fédérale allemande) et d'unités spécialisées européennes, Sankt Augustin
- 5 mai 2007** Ouverture de l'atelier « Carrière duale – Compatibilité entre sport de haut niveau et formation et activité professionnelles » à Stuttgart par le ministre, Dr. Schäuble
- 8 mai 2007** Lancement du portail d'information « check the web » par le secrétaire d'Etat parlementaire, M. Altmaier, à l'occasion de la réunion du Conseil d'administration d'Europol, Hambourg
- 9 mai 2007** Visite par le secrétaire d'Etat, Dr. Hanning, d'une intervention multilatérale à Francfort/Oder, entre la Police fédérale allemande et la police aux frontières polonaise, en vue de lutter contre des entrées illégales par voie terrestre
- 10 et 11 mai 2007** Réunion informelle des ministres de l'UE en charge de l'intégration, Potsdam
- 14 mai 2007** Participation commune du ministre, Dr. Schäuble, et du ministre américain, M. Chertoff, à la Commission des affaires intérieures (Commission LIBE) du Parlement européen, Bruxelles
- 20 et 21 mai 2007** Première réunion du groupe ministériel de haut niveau sur l'avenir de la politique intérieure de l'UE à partir de 2010, Eltville
- 4 et 5 juin 2007** Ouverture de la conférence sur la sécurité informatique par le ministre, Dr. Schäuble, Berlin
- 11 juin 2007** Réunion des ministres de la Justice et des Affaires intérieures UE / Ukraine, Luxembourg

- 12 et 13 juin 2007** Conseil des ministres de la Justice et des Affaires intérieures, Luxembourg
- 18 juin 2007** Observation par le secrétaire d'Etat, Dr. Hanning, d'une intervention multilatérale de la Police fédérale allemande, réalisée à Munich en vue de lutter contre le crime transfrontalier dans le transport ferroviaire
- 20 juin 2007** Présentation du bilan de la présidence allemande concernant le ministère fédéral de l'Intérieur par le ministre, Dr. Schäuble, devant la Commission de l'intérieur du Parlement allemand
- 21 et 22 juin 2007** Réunion informelle des ministres de l'UE en charge de la fonction publique, Berlin
- 25 juin 2007** Deuxième réunion du groupe ministériel de haut niveau sur l'avenir de la politique intérieure de l'UE à partir de 2010, Bruxelles
- 26 juin 2007** Présentation du bilan de la présidence allemande concernant le ministère fédéral de l'Intérieur par le ministre, Dr. Schäuble, et le vice-président de la Commission européenne, devant la Commission des affaires intérieures (Commission LIBE) du Parlement européen, Bruxelles
- 27 juin 2007** Ouverture du service de consultation sur le sport et l'UE pour les associations et clubs de la Confédération olympique et sportive allemande par le secrétaire d'Etat parlementaire, Dr. Christoph Bergner, Francfort/Main
- 28 juin 2007** Participation du secrétaire d'Etat parlementaire, M. Altmaier, à la réunion d'experts du BSRBCC (Coopération des polices aux frontières dans la région de la mer baltique) et à un exercice maritime de la Police fédérale allemande, Rostock
- 29 juin 2007** Présentation du bilan de la présidence allemande concernant le ministère fédéral de l'Intérieur par le ministre, Dr. Schäuble, devant la conférence de presse fédérale de Berlin

## **Impressum**

### **Herausgeber und Redaktion:**

Bundesministerium des Innern  
Stabsstelle EU-Ratspräsidentschaft 2007  
Alt-Moabit 101D, 10559 Berlin  
Tel.: (030) 18 681-0  
[www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)  
[www.eu2007.de](http://www.eu2007.de)

### **Gesamtgestaltung:**

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

### **Bildnachweis:**

BMI, Auswärtiges Amt/Tim M. Hoesmann, photothek/T. Koehler,  
dpa/picture-alliance

### **Druck:**

Koelblin-Fortuna, Baden-Baden

### **Die Broschüre kann kostenlos bestellt werden beim:**

Publikationsversand der Bundesregierung  
Postfach 481009, 18132 Rostock  
Tel.: 0 18 05-77 80 90  
Fax: 0 18 05-77 80 94  
E-Mail: [publikationen@bundesregierung.de](mailto:publikationen@bundesregierung.de)  
Internet: [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)  
Artikelnummer: BMI07313

Ihre zum Versand der Publikationen angegebenen personen-  
bezogenen Daten werden nach erfolgter Lieferung gelöscht.